

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

146 (26.6.1913)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 75 Pf. monatlich, 2,25 M. vierteljährlich, 8,50 M. halbjährlich, 16,50 M. jährlich. Einzelhefte 2 Pf. 50. Geschäftsstunden: 7 bis abends 11 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 Z. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 11 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

### Ein interessantes Beispiel.

Karlsruhe, 26. Juni.

In Dänemark haben unsere Genossen bei den letzten Folketingswahlen einen starken Erfolg erzielt. Sie besitzen im Parlament mit den Radikalen zusammen die absolute Mehrheit. Und was erleben wir nun in Dänemark? Genau dasselbe wie in allen andern Staaten, wo unsere Partei in eine politische ausschlaggebende und damit verantwortliche Stellung eintritt. Die Theorie des „Radikalismus“, wonach die Klassengegenätze es der Sozialdemokratie unmöglich machen sollen, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an der politischen Verantwortung teilzunehmen, geht regelmäßig in die Brüche. Zwar gibt es heute außer der Schweiz noch keinen Staat, in welchem die Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt teilnimmt, allein ob und wann sie es tun wird, ist keine Frage des Prinzips mehr, sondern lediglich eine solche der Reifezustände, selbst für monarchisch regierte Staaten.

In Dänemark mußte das bisherige liberale Ministerium Bertsen infolge der Veränderung in den Mehrheitsverhältnissen des Folketings zurücktreten. Zwar machte die sozialdemokratische Fraktion in der Folketingssitzung am 14. Juni den Vorschlag, den König zu ersuchen, das Ministerium Bertsen zum Verbleiben im Amte zu bewegen. Dieser Schritt der sozialdemokratischen Fraktion im dänischen Reichstag ist für unsere deutschen Verhältnisse etwas ganz außergewöhnliches, er ist heute nur in einem parlamentarisch regierten Lande denkbar. Daß unsere dänische Reichstagsfraktion diesen Schritt unternahm, ist indessen leicht zu erklären. Als stärkste Fraktion der neuen Mehrheit wäre ihr die Aufgabe geworden, nach der in parlamentarisch regierten Staaten üblichen Gepflogenheit, selbst das Ministerium zu bilden. Nur um diesen Schritt zu umgehen hat sich unsere Fraktion entschlossen, den König zu ersuchen, das bisherige Ministerium zum Verbleiben im Amte zu veranlassen. Dem früheren liberalen Ministerpräsidenten Christensen gelang es indessen, diese Absicht zu durchkreuzen, das Ministerium Bertsen trat zurück.

Und was geschah nun? Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Gen. Stauning, wurde vom König aufgefordert, die Bildung des neuen Ministeriums zu übernehmen. Daß ein „Monarch von Gottes Gnaden“ einem revolutionären, der republikanischen Staatsform huldigenden Sozialdemokraten, der noch vor wenigen Jahren Zigarren rollte, die Bildung der Regierung übertragen will, kommt nicht jeden Tag vor und ist in der Geschichte der Sozialdemokratie überhaupt noch nicht zu verzeichnen. Unsere Fraktion hat den Auftrag, das Ministerium zu bilden, abgelehnt, ebenso lehnte sie es ab, in ein von den Radikalen zu bildendes Ministerium einzutreten. Allein dies geschah — und das ist u. E. das Bedeutende an diesen Vorgängen — nicht aus prinzipiellen Gründen, wie es die Resolution des Amsterdamer Internationalen Kongresses verlangt hätte — sondern lediglich mit der Motivierung, daß sie auch den Schein vermeiden wolle, als ob die neue Regierung gegen die Liberalen gerichtet sei und um diese bei der Verfassungsreform bei der Stange zu halten. Dagegen hatten unsere dänischen Genossen sich bereit erklärt, in ein von allen drei Parteien — Liberalen, Sozialdemokraten und Radikalen — gebildetes Ministerium mit drei Mann einzutreten — notabene in einem monarchisch regierten Lande.

Wenn in Dänemark heute die Sozialdemokratie nicht in der Regierung vertreten ist, so nur deshalb, weil die Liberalen den Vorschlag unserer Genossen ablehnten, um die politische Verantwortung ganz ausschließlich der neuen sozialdemokratisch-radikalen Mehrheit zuzuschreiben. Es blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als die Radikalen mit der Bildung des Ministeriums, an dessen Spitze der Rechtsanwält Bahle steht, der früher schon einmal Ministerpräsident war, zu betrauen. Dieses radikale Ministerium kann sich nur durch die Unterstützung der Sozialdemokratie halten, die auch unter Festlegung bestimmter Bedingungen zugelassen wurde. Die Hauptaufgabe des neuen Ministeriums ist die Lösung der Verfassungsreform, durch welche in erster Linie die Privilegien der ersten Kammer beseitigt werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion stellt in der Person des Genossen Stauning den ersten Präsidenten des dänischen Reichstags.

Was lehrt nun das dänische Beispiel? Vor allem, daß die in der Dresdener und in Amsterdamer internationalisierten Resolution niedergelegte Auffassung, als ob sich die Sozialdemokratie mit Vertretern bürgerlicher Parteien nicht in die Regierungsgewalt teilen könne, vor den Tatsachen der Entwicklung nicht standhalten kann. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit für eine große, die ganze zivilisierte Welt umspannende Partei, ihre Taktik und Politik für längere Zeit im voraus festzulegen. Das ist schon für die Verhältnisse in den einzelnen Staaten unmöglich, sich international zu binden, ist geradezu absurd. Die Vorgänge in Dänemark zeigen zur Evidenz, daß die politische Entwicklung sich nicht in eine theoretische Schablone hinein-

pressen läßt und daß die Voraussetzungen, von welchen die in der Dresdener, bezw. Amsterdamer Resolution niedergelegte Theorie ausgeht, völlig falsch und deshalb unhaltbar ist. Diese Theorie ignoriert die realen Verhältnisse, die stärker sind, als eine noch so plausible scheinende Theorie. Was wir heute in Dänemark erleben, wird sich über kurz oder lang in andern Staaten wiederholen. Die kapitalistische Gesellschaft ist ebenso wie alle ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen einer fortgesetzten Veränderung unterworfen. Alles ist in beständigem Fluß. Soeben erleben wir es in Norwegen, daß dem König sogar das Vetorecht bei der Gesetzgebung entzogen wird. Der norwegische König ist lediglich noch Repräsentant der norwegischen Nation. Norwegen und Dänemark liegen aber nicht auf dem Mond, sondern sind Glieder der kapitalistischen Gegenwartstaaten.

Mit welchem Rechte will man behaupten oder gar beweisen, daß die Entwicklung zur Demokratie nur auf die skandinavischen Länder sich beschränkt und daß sie in andern Staaten, speziell auch in Deutschland nicht möglich ist? Auf welche feste stehenden Tatsachen läßt sich die Behauptung stützen, daß in dem Staate, der die größte, bestorganisierteste sozialdemokratische Partei der Welt hat, die jetzige Demokratiefraktion der Politik ausgeschlossen sei? Ein solcher Beweis ist schlechterdings nicht zu führen, ergo kann auch die Theorie, auf welche sich die Amsterdamer Resolution stützt, weder eine relative, noch viel weniger eine absolute Gültigkeit für sich beanspruchen.

Daß die Demokratisierung in Preußen-Deutschland sehr schwer ist und auf die größten Hindernisse stößt, ist richtig. Aber daraus darf man doch nicht den Schluß ziehen, daß sie unmöglich ist. Diese Hindernisse für die Demokratisierung Preußen-Deutschlands werden nicht dadurch beseitigt, daß wir durch eine falsche Theorie unser politisches Handeln in enge Grenzen hineinzwängen lassen, sondern vielmehr dadurch, daß wir im weitesten Umfang von der uns zur Verfügung stehenden Macht Gebrauch machen. Wir müssen endlich davon abkommen, uns selbst den Weg zur zukünftigen Eroberung der politischen Macht zu verbarrieren, wie das durch die Dresdener bezw. Magdeburger Resolutionen geschehen ist.

Däne mark und Rudolstadt liefern warnende Beispiele. Wie viele solcher Beispiele müssen noch statuiert werden, bis man sich dazu entschließt, diese papierernen Barrikaden abzubauen und sie in der Realitätstammer aufzubewahren?

### Die Steuerposse.

Die bestehenden Klassen sind mit ihren Vertretern im Reichstag sehr unzufrieden. Sie sind es, wie man zugeben muß, nicht ohne Grund. Mit dem Gedanken, daß sie diesmal zur Abwechslung um die Begahlung der neuen Heereskosten nicht herumkommen würden, hatten sie sich schon abgefunden; aber die komplizierte, widerspruchsvolle und überflüssige Art, in der dies geschehen soll, erregt ihre gerechtfertigte Mißstimmung. Wäre nach den klaren Plänen der Sozialdemokratie verfahren worden, die zur Deckung der Militärvorlage die Erbschaftsteuer und die Vermögenszuwachssteuer vorschlug, so hätte sich dieser steuerliche Gedanke, kraft der klaren Gerechtigkeit, die ihm innewohnt, ohne große Opposition durchgesetzt. Die verschraubte und verknorpelte Art der Steuererhebung, die von den bürgerlichen Parteien vorgezogen worden ist, ist in vielen Einzelheiten so anfechtbar, daß der Kritik Lür und Lur geöffnet ist. Es regnet Proteste von allen Seiten, und die so lebhaft angegriffenen Kommissionsbeschlüsse finden nirgends überzeugte Verteidiger.

Neuerdings ist der Reichsbermögenszuwachssteuer, diesem merkwürdig vermachlenen Zwölfter einer Vermögens- und einer Erbschaftsteuer, in dem Direktor der Deutschen Bank, Helfferich, ein beachtenswerter Gegner erstanden. Ein Artikel, den er in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht, wird den Vätern des Steuerkompromisses einige Kopfschmerzen verursachen. An den gefaßten Beschlüssen wird er freilich nichts mehr ändern.

Helfferich schreibt: Zur Verteidigung dieser steuerlichen Mißgeburt schlimmster Sorte ist in den letzten Tagen von den eigenen Vätern und Vätern mancherlei gesprochen und geschilbert worden. Über alle Beschönigungen und Bemäntelungen helfen nicht über folgenden einfachen Fall hinweg.

Der Mann mit einer Million Vermögen, der nicht arbeitet und seine 50 000 M. Rente jahraus jahrein verbraucht, zahlt keinen roten Heller. Der Mann in bescheidenen Verhältnissen aber, der jährlich 7000 bis 8000 M. fauer erarbeitet und in strenger Sparsamkeit zurücklegt, verfällt mit seiner erarbeiteten Ersparnis diesem Steuer-Untum.

Die Zuwachssteuer erfährt eben nicht das vorhandene Vermögen, sondern den in der Hauptsache durch Arbeit und Sparsamkeit entstehenden Wohlstand, sie ist keine Steuer auf Besitz, sondern eine Steuer auf Arbeit und Sparsamkeit.

Helfferich geht dann zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage über, wie sie sich aus der überführten

Steuerfrage der Reichstagsmehrheit ergibt und bemerkt dazu:

In den weitesten Kreisen ist man heute über das Wesen und die praktische Tragweite der Steuerkompromisse noch nicht genügend im Bilde. Über die Klarheit kommt unerbittlich mit dem Bezahlen, und dann kann der Rückschlag für die Parteien, denen die Verantwortlichkeit zufällt, nicht ausbleiben.

Der Schaden wird sich nicht auf die betroffenen Parteien beschränken. Der Bestand kräftiger Mittelparteien zwischen Sozialdemokraten und Reaktionen ist eine Notwendigkeit für das Funktionieren unserer ganzen politischen Einrichtungen. Wenn die Mittelparteien durch eigene schwere Fehler sich die Kreise entfremden, in denen die Wurzeln ihrer Kraft liegen, so machen sie sich mit schuldig an der weiteren Kalkifizierung unseres politischen Lebens und allen sich hieraus ergebenden Gefahren.

In diesen Ausführungen liegt zweifellos ein starker Wahrheitskern. Aus Angst davor, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache zu machen, fördern die Liberalen die Sozialdemokratie erst recht.

Die Sozialdemokratie trieb und treibt in der Deckungsfrage keine Bosheitspolitik. Sie will die bestehenden Klassen belasten, aber nicht verärgern. Das wäre ein ziemlich finstliches Vergnügen und die Sache ist dazu viel zu ernst. Was die Liberalen im Bunde mit dem Zentrum tun, bedeutet aber in viel höherem Grade eine Verärgerung als eine Belastung der bestehenden Klassen. Damit wird ein neuer Keim der Zersetzung in die Reihen der Bürgerlichen getragen. Die Unzufriedenheit wird wachsen, aber die Achtung vor dem Parlament wird sinken.

### Ein vernichtendes Urteil über das deutsche liberale Bürgertum

fällt die „Frankf. Zeitung“ in ihrem Abendblatt vom Dienstag, in dem sie schreibt:

Die Proteste gegen die Vergewaltigung Gerhart Hauptmanns nehmen immer größeren Umfang an. In Riesenversammlungen in Breslau und Berlin haben sich gestern viele Tausende begeistert auf die Seite des Dichters gestellt; in allen Teilen des Reiches ergreifen Organisationen und prominente Einzelpersonlichkeiten das Wort für die drohende Freiheit des künstlerischen Schaffens. Das Wort für die drohende Freiheit des künstlerischen Schaffens ist nicht imstande gewesen, dem Volke den wahren Sachverhalt zu verdeuteln, nämlich daß es sich jetzt nicht darum handelt, ob man Hauptmanns Festspiel im einzelnen literarisch-ästhetisch als mehr oder weniger gelungen werte, sondern daß die Frage ganz einfach so zu stellen ist: soll in Deutschland das Werk eines Dichters mundtot gemacht werden, weil er einem phrasenfälligen Nationalismus nicht die Geschichtsfälschungen nachgebietet hat, von denen jener allein lebt; soll in Deutschland auch auf kulturellem Gebiet ebenso wie auf dem politischen und wirtschaftlichen eine kleine Klasse herrschen, die allein das Deutschtum zu repräsentieren sich anmaßt — oder soll auch bei uns der Künstler beanspruchen dürfen, daß man ihn nach ausschließlich künstlerischen Maßstäben messe, daß keine „Unberufenen“ ihn von der Bühne zerrten, daß man ihn höre, nachdem man ihn selbst zum Reden gedrängt hat? Es ist gut, daß diese Frage in Deutschland wieder einmal gestellt worden ist, und Hauptmann hat recht, wenn er in dem Telegramm an den völksparteilichen Abgeordneten Dr. Wlabl sagt, er beglückwünsche sich zu der ungewollten Mission, die das Fatum ihm zuteilte. Denn dieser Streit um die Würde des Geistes wird vielen die Augen öffnen. Gerade das deutsche Bürgertum ist ja so gern geneigt, alles Politische mit dem hochmütigen Achselzucken des Verstandeslosens von sich zu weisen: die Bourgeoisie überläßt den Staat der Aristokratie, die ihn von jeher zum eigenen Vorteil zu lenken verstanden hat und entschädigt sich für ihre politische Einflußlosigkeit durch wirtschaftliche Erfolge, durch die sie ihr Privatleben mit Genüssen jeder Art und mit allen Früchten von Kunst und Wissenschaft zu schmücken vermag. Das Bürgertum fühlt nicht, daß dies ein Leben ohne Bürgerrechte ist; es fühlt das nicht, weil es alles hat, was es begehrt. Jetzt kann es das fühlen! Das Bürgertum hat sich in den letzten Jahren in dem Glauben getwiegt, wenigstens im Geistigen frei zu sein. Jetzt hat es gerade an diesem Punkte, wie Hauptmann sich ausdrückte, einen heftigen Stoß in die Wirbelsäule bekommen. Nun muß sich zeigen, ob dieser Stoß ihm ganz das Rückgrat gebrochen hat, oder ob es dadurch aufgerüttelt worden ist aus seinem Schlafe. Die Protestbewegung, die mit erfreulicher Frische eingeseht hat, läßt hoffen, daß es doch noch lebt!

Uns soll es aufrichtig freuen, wenn die Hoffnungen der „Frankf. Btg.“ in Erfüllung gehen. Einstweilen aber steht die Masse des liberalen Bürgertums dem Kampf um die geistige Freiheit noch ebenso phlegmatisch gegenüber, wie dem um die politische Freiheit. Man lese nur die geradezu erbarmungswürdigen Artikel der nationalliberalen Presse über die Gerhart Hauptmann-Affäre, wie sie sich krampfhaft bemüht, dem, um was es sich hier handelt, aus dem Wege zu gehen.

Warum hat Hauptmann nicht dem Major Lauff es überlassen, das Festspiel zu schreiben? So stöhnte vor



einigen Tagen die „Bad. Landesztg.“, so denkt fast die gesamte liberale Presse über den Fall. Der Dichter soll nicht der historischen Wahrheit die Ehre geben, weil die historische Wahrheit für das offizielle heutige Deutschland nichts weniger als schmeichelhaft ist. Und der deutsche Liberalismus ist in seiner großen Mehrheit zu feige, um das Banner der historischen Wahrheit in die Hand zu nehmen und es den offiziellen Geschichtsfälschern um die Ohren zu schlagen. Er liegt lieber schweifelnd auf dem Bauch und wirft mit Steinen auf alle diejenigen, die je in eine Sache vertreten.

### Faurès über den deutschen Militarismus.

In seiner großen Rede gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich hat unser Parteigenosse Faurès sich auch über den deutschen Militarismus geäußert und dabei folgende treffende Charakteristik von demselben gegeben:

„Der deutsche Militarismus befindet sich inmitten einer Geistes- und Methodentriebe. Einerseits hat er kein anderes Mittel, als sich selbst zu kopieren, andererseits macht ihn ein innerer Instinkt, daß er sich ungeheuren Gefahren aussetzt, wenn er sich selbst kopiert, während die Völker in neuen Verhältnissen sind. Das einzige Heil Deutschlands ist, die bewaffnete Nation demokratisch zu organisieren, um für die Hypothese, daß es an zwei Grenzen zugleich die Stirn bieten müßte, die populären Kräfte gegen beide Gegner zu haben. Aber das offizielle Deutschland ist, glücklicherweise für Sie, meine Herren, noch weniger wie Sie fähig, diese Methode zu verstehen und anzuwenden. Denn es hat mehr noch wie Sie Angst vor der bewaffneten Nation. Deutschland hat militärisch davor Angst. Seine militärischen Chefs, aus der Aristokratie oder einer Halbbarbarität entstammend, erinnern sich der Ereignisse von 1813 ohne Vergnügen. Sie erinnern sich ohne Vergnügen, daß kaum 6 bis 7 Jahre nach jener Schlacht von Jena, wo die alten Generale der febricitanten Schule Preußen in den schmählichsten Zusammenstoß geführt haben, in die Niederlage gefolgt von widerstandslosen Kapitulationen, sie erinnern sich, daß 7 Jahre nach dem Bankrott des offiziellen Militarismus Preußens es das deutsche Volk war, die Armen, die revolutionären Geister, die Bauern, wütend gegen die Fremdherrschaft, die sich erhoben und zu den Trümmern der alten Armee 60 Proz. der Landwehr fügten, Bauern, die aus den Höfen kamen und denen man blaue Uniformen gab. Und wissen Sie warum? Weil man ihre Uniformen aus den blauen Sonntagsröcken schnitt, die die Bauern trugen, wenn sie zur Kirche gingen. Und mit ihren Mähren, mit den Bauernpferden, ist die verwegenste Kavallerie organisiert worden, die die alte Armee Preußens je gekannt hat. . . . Diese militärische Bewegung von 1813 war nicht nur eine nationale Bewegung, sie war eine demokratische und populäre Bewegung. Und heute noch, wenn das deutsche Volk sein politisches Recht fordert, wenn es im preussischen Landtag seinen Teil der Souveränität fordert, sagt es: Es war doch das Volk, das 1813 dazu beigetragen hat, Deutschland wenigstens zu retten.“

Was Faurès hier ausführt, sind Binsenwahrheiten. Nicht die Junker, nicht die Monarchie und auch nicht der Militarismus, sondern nur die demokratisch organisierte bewaffnete Nation wird imstande sein, uns vor schweren Erschütterungen zu bewahren und den Frieden zu garantieren.

### Pfui Teufel!

Bis zu welchem Grade der Nationalismus die Gemüter verhexen kann, ergibt sich aus den Bemerkungen, mit denen die alldeutsche „Post“ das Unglück begleitet, das sich bei dem Salutschießen für den Präsidenten der französischen Republik im Hafen von Cherbourg zugetragen hat. Hier sind sie:

#### Morbospatriotismus.

Die Franzosen sind doch merkwürdige Kerls. Mit ihren gewaltigen Rüstungsanstrengungen können sie uns ein Vor-

bild sein. Jetzt haben sie eine Aeußerung ihrer nationalen Begeisterung gefunden, die wohl noch nicht ihresgleichen hat. Wie sich in Indien beim großen Festzuge — ist es nicht in Benares? — gottbegeisterte Gläubige vor den Wagen ihres Gottes werfen, so haben gestern in Cherbourg die Franzosen ihren großen Präsidenten nicht anders ehren zu können geglaubt, als daß sie ihm beim Salutschießen zu seinen Ehren Menschenleben zum Opfer brachten.

Infolge der falschen Anordnungen eines Offiziers werden sechs französische Soldaten schwer verwundet und zwei getötet. Sonst pflegt der Majestät des Todes gegenüber auch infernalischer Haß zu schweigen, aber hier findet sich ein „patriotischer“ Redakteur, der an den Opfern seinen erbärmlichen Witz übt. Er begibt eine moralische Leichenbesichtigung, die nicht weniger Abscheu erregt, als die Viehische Noheit, die sich physisch an Toten vergeißt. Man sollte meinen, daß sich die Leser der „Post“ entrüstet von einem Blatt abwenden müßten, das — wir sagen nicht dem Anstand — sondern allem Menschentum ins Gesicht schlägt. Aber sie werden wohl schweigen und sich mitschuldig machen, da langjährige Erziehung und Gewohnheit bei ihnen das Gefühl für die bodenlose Gemeinheit des von ihrer Zeitung eingenommenen Standpunktes abgestumpft hat. Zum Glück ist ihre Zahl gering, und die Masse des deutschen Volkes wendet sich mit Ekel und Verachtung von dieser Gesellschaft ab, die sich als die Trägerin des deutschen Gedankens aufspielt.

### Deutsche Politik.

**Die Welsen auf dem Rückzuge.** In der „Deutschen Volkszeitung“ veröffentlicht der Führer der Welsen, v. Schele-Schelenburg, eine Erklärung, in der er sagt, daß in dem Schreiben des Prinzen Ernst August ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten sei. Es entsalle somit für die deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Verzichtnahme. Die Partei sei sich jedoch der Verpflichtung voll bewußt, welche eine etwaige Thronbesteigung des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie werde durchaus den Erwartungen entsprechen, wonach die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung des Prinzen als Herzog von Braunschweig zu erschweren. — Trotz der Gewandtheit dieser Erklärung, kann man doch das eine herauslesen, daß die welfische Partei sich gegüt hat, wie sie ja in der Tat auch bereits auf dem besten Wege ist, Anschluß bei den Konservativen zu suchen. Wenn das auch noch nicht in aller Form gesagt wurde, so nur mit Rücksicht auf die zahlreichen Anhänger aus Kleinbürgerkreisen, über welche die welfische Partei in der Provinz Hannover noch verfügt, und die man nicht so knall und Fall vor den Kopf stoßen möchte.

**Vertagung des Reichstages?** Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll mit Sicherheit angenommen werden dürfen, daß der Reichstag nicht geschlossen, sondern bis Ende November vertagt wird. In Arbeit sind noch das Postengesetz, die Konkurrenzkaufel, das Petroleum-Monopol, die Jugendgerichte, das Gesetz über die Staatsangehörigkeit, das Internationale Wechselrecht usw., Vorlagen, die zum Teil schon so weit gefördert sind, daß bereits der Kommissionsbericht vorgelegt ist, und die die Regierung deshalb nicht unter den Tisch fallen lassen möchte. Bei der Geschäftslage des Hauses ist auch nicht damit zu rechnen, daß insbesondere das Petroleum-Monopol jetzt noch erledigt werden könnte.

**Möglichkeit in Uniform.** Bei der Einweihung des Rathauses in Hannover, die bekanntlich in Anwesenheit Wilhelms II. vor sich ging, hat der hannoversche Magistrat Einladungen, die er in größerem Umfang an die Spitzen der Behörden und der Gesellschaft, daneben auch an Industrielle, Kaufleute, Gewerbetreibende, Männer der Wissenschaft usw. erteilt, das ausdrückliche Ersuchen hinzugefügt, möglichst in Uniform zu erscheinen.

Das „A. L.“ erzählt, wie das manchen Leuten, die kein Recht zum Tragen einer Uniform besäßen hätten, unangenehm gewesen sei; wie die Zivilbeamten, die für gewöhnlich ohne das förmliche Staatskleid auskommen, das anzulegen sie berechtigt sind, sich nun in die Unkosten einer Neuanfertigung hätten stützen müssen, und wie die vornehmen Mitglieder des freiwilligen Automobilkorps mit ihrer „Divree“ für Chauffeurs in Gala gehalten worden seien.

Das „Möglichkeit in Uniform“ paßt in unsere Zeit. Der hannoversche Magistrat wollte zeigen, daß er ihr besser gerecht zu werden versteht, als der von Breslau, und nicht erst von

hoher Stelle darauf aufmerksam gemacht zu werden braucht, daß die Uniform herrscht und das Bürgertum sich vor ihr zu beugen hat.

**Die Rettung des Deutschtums in Nordschleswig.** In Nordschleswig haben die Dänen bei den jüngsten preussischen Landtagswahlen besser abgeschnitten als es die preussische Bureaukratie erwartet hatte. Das muß gerochen werden, und zwar selbstverständlich, da der Geist fehlt, auf dem Wege der Polizeidiktatur, das bequeme Mittel ist das immer die Anwendung des handlichen Paragraphen des „liberalen“ Reichsoverengesetzes. Jetzt verbietet man die Versammlungen unter freiem Himmel. Der Landrat Dehander in Hadersleben begründet ein solches Verbot folgendermaßen:

„Es ist ein Tag gewählt, wo durch das aus allen Teilen Nordschleswigs Besuche deutsche Fest auf dem Amidsberg, das in diesem Jahr unter dem unmittelbaren Einbruch des Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers und Königs sich vollzieht, die deutsche Bevölkerung jedem Hervortreten dänisch-nationalistischer Bestrebungen mit berechtigter besonderer Empfindlichkeit (!) gegenübersteht. Es kommt hinzu, daß die soeben vollzogene Landtagswahl die Beziehungen der beiden Bevölkerungsstämme erheblich verschärft hat und auf dänischer Seite nach dem vorliegenden außerordentlich reichhaltigen Material den Gegenstand gegen den deutschen Bevölkerungsanteil unter immer erneuter Betonung der Wiedervereinigungsidee in besonders provokatorischer Weise hervortreten läßt.“

Infolgedessen ist . . . eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten. . . .

Da vom Landrat des Kreises Sonderburg die Verbote der Versammlungen unter freiem Himmel ganz ähnlich motiviert werden, darf man annehmen, daß hier nach einer höheren Verfügung gearbeitet wird. Das Deutschtum wird einmal wieder in der üblichen Weise und mit dem üblichen Erfolg getretet.

**Vertagung der Lehrer.** Dem Reichstag ist ein Kompromißantrag zugegangen, unter dem alle Parteien größeren Parteien, der folgendes bestimmt: Den § 14 Nr. 1, 2 des Verfassungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 aufgeführten Lehrern und Erziehern an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten werden die privaten Einzelunterricht erteilenden Lehrer und Erzieher gleichgestellt, soweit sie bei öffentlichen Pensionsanstalten für Lehrer und Erzieher beschäftigt sind.

**Ein ungläubiges Urteil.** Der Redakteur des sozialistischen Gewerkschaftsblattes „Der Bionier“, Johannes Pestrin, wurde am Dienstag von der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, begangen in einem Artikel, der den Generalstreik empfiehlt, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. — Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hoffmeister, bemerkte in der Urteilsbegründung: In der Aufforderung zum Generalstreik sei die Aufforderung enthalten, die Arbeit ohne Kündigung niederzulegen und kontraktbrüchig zu werden. Das sei laut Gewerbeordnung und laut Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ungehorsam gegen die Gesetze. Bei der Strafzumessung mußten einmal die Vorstrafen, dann aber auch erwogen werden, daß der Angeklagte nicht selbst der Verfasser ist. — Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

### Ausland.

#### England.

**Ein Temperengesetz für Schottland.** Im Parlament fand in zweiter Lesung ein Gesetz Annahme, das die Einführung der local option: des Rechtes der Bevölkerung der einzelnen Orte, durch Volksabstimmung den Ausschank alkoholischer Getränke zu verbieten, für Schottland auspricht. Der Redner der Arbeiterpartei, Adamson, führte dazu u. a. aus: Die Maßregel finde die Zustimmung seiner Partei, da sie den Grundplatz der Selbstregierung des Volkes zusammen mit dem der Regelung des Alkoholhandels enthalte. Seit vielen Jahren spiele der Gedanke der local option eine große Rolle in der schottischen Politik und habe das schottische Volk gewonnen. Die Vorlage sei von großer Bedeutung wegen des großen Schadens, den dieser Handel der Gesundheit eines erheblichen Teiles der Bevölkerung zufüge. Der größte Schatz eines Volkes sei eine gesunde, leistungsfähige Rasse, die das größte Maß von Pflichterfüllung mit dem größten Maße von Lebensfreude verbinde. Sein zweiter Grund zur Unterstützung der Vorlage sei, daß das im Alkoholgeschäft angelegte Geld den Arbeitern des Landes einen sehr geringen Ertrag in Form von Wohnen liefere. — Die Vorlage, die hauptsächlich von dem konservativen Bauernreformer Youngen bekämpft wurde, ging mit 246 gegen 135 Stimmen durch.

### In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

32

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Wann war es zum erstenmal gewesen? Wann war die erste Ahnung durch die Luft gegangen? Die Kinder wußten es nicht mehr. Als sie eines Morgens erwachten, war es da. Eine starke Seligkeit rann durch ihr Inneres. Der neue Tag grüßte mit schöner Hoffnung. Sie sprangen mit beiden Beinen aus dem Bett und waren im Handumdrehen mit der Morgentoilette fertig. Als sie dann in die graue Dezemberfrühe hinausstritten, sahen sie wohl, daß die Welt eine andere geworden war. Es war noch immer der halbdunkle Marktplatz; im Gastzimmer saß Lorenz Asmussen bei der ersten Morgenpfeife; ein verschlafenes Dienstmädchen huschte eilig über die Straße und verschwand im Krämerladen. Es war ganz dasselbe und war ganz anders. Es ging wie ein Traum durch alle Dinge. In allen Häuserwinkeln schlichen dunkle Stimmungen. Die Kinder begriffen es nicht. Sie waren nie so lustig in den großen Korridor der Schule hineingekommen, aber sie wußten im Grunde nicht warum. Da fuhr es einem wie eine Offenbarung durch die Seele. Es wollte Weihnachten werden. Es sprang von einem zum andern. Der Unterricht vermochte es nicht zu bannen; es lief durch alle Bankreihen und rief die Kinderträume wach. Es wollte Weihnachten werden! Der Lehrer bekam einen hehren Glanz. Den Frost draußen hatte Andersen gedichtet. Der Ofen summte genau wie in den Wintergeschichten. Die ganze Welt war ein Märchen geworden.

Die Stimmung verfiel mitunter. Sie konnte von den Ereignissen des Tages überschüttet werden. Dann war es wieder der gewohnte Marktplatz, dann stand ihnen morgen die Schule bevor; dann waren es kleine Menschen, die kleine Sorgen hatten. Der Schatz in ihrem Innern aber ließ sich nicht lange begraben. Es wehte sie plötzlich an, daß Weihnachten näher kam. Um alle Menschen und alle Erscheinungen war wieder ein festlicher Hauch, als kämen sie alle aus dem lärmbebedeckten Land des Märchens und sollten ewig im Win-

derland des Märchens leben. Eine goldene Sonne funkelte durch den kalten klaren Wintertag. Als das Fest näherkam, ging ihre Stimmung auf die Großen über. Eine stille Weihe lag auch für die Großen über diesen Wochen. In ihrem Innern schwiegen manche Stimmen, die sonst am Alltag so häßlich laut gewesen waren. Der große Sonntag des Winters kam näher. Sie wollten ihn mit guten Gedanken begrüßen.

In Asmussens Hause gab es ein Zimmer, das nur in der Weihnachtszeit geöffnet wurde; es war das Wohnzimmer, in dem er mit seiner verstorbenen Frau alle hohen Tage ihres Lebens begangen hatte. Am Tage nach ihrer Hochzeit hatten sie hier zusammen den Nachmittag verbracht und das Zimmer verbunden. In den letzten Jahren der Ehe aber hatten sie es niemals mehr betreten. In den letzten Jahren der Schwindsucht mochte die Frau das gewöhnliche Krankenzimmer nicht mehr verlassen. Es gab für sie und Asmussen keinen Festtag mehr, es gab nur noch ein stilles Beieinanderstehen, es gab an jedem Abend einen wehmütigen Abschied und die Furcht vor dem großen und schweren, der ihnen bevorstand. Die Frau hing bis zur letzten Sekunde mit allen Fasern am Leben fest. In einem dämmerigen Novemberabend aber war sie doch den bitteren Tod gestorben. Nach dem Begräbnis waren die Leidtragenden noch einmal in der festlichen Wohnstube bei einem Glase Wein zusammengekommen. Dann hatte Asmussen den Schlüssel umgedreht und abgezogen. Der eingeschlossene Sonntag des Hauses wohnte hier. Es konnte nur geöffnet werden, wenn wieder ein Sonntag kam.

Weihnachten aber war ein Sonntag. Es war für Asmussen ein stiller und erster Sonntag, ein Sonntag aber war es doch. In den Wochen der Vorbereitung kam Stine täglich ins Haus. Es wurden zwei Schweine geschlachtet, es wurde Bursch gemacht und Kuchen wurde gebacken. Die weiblichen Weisen hatten alle Hände voll zu tun. Am Nachmittag des 24. Dezember aber schloß Asmussen die Wohnung auf. Dann wurde gründlich gelüftet und geheizt, dann wurde der Baum hineingetragen und gepuzt und am Abend saß er hier mit Stine in der Einsamkeit zusammen. Es wurde nicht viel geredet in diesen Stunden. Jeder hing seinen eigenen Ge-

danken nach und Asmussens waren immer in der Vergangenheit. Es war ein Fest der Erinnerung, das gefeiert wurde, aber es war doch ein Fest und Asmussen konnte ohne Feste der Seele nicht leben.

Asmussen nahm an, daß Stine auch in diesem Jahre kommen würde. Die hohe Zeit würde ihr Innere rein und gut haben. Er wollte ihr ja entgegenkommen, wie er es nur je getan hatte. Dagmar war in Trauer, weil sie nicht mehr kam. Sie müßte ja unvernünftig sein, wenn sie wirklich fernblieb. Kannte sie Dagmar denn überhaupt? Sie kannte, was alle anderen kannten, das gute Aussehen und die Tüchtigkeit. Sie wußte ja nichts von dem Ernst, der in diesem Mädchen steckte, nichts von dem Bitteren, das auf dem Grunde ihres Wesens lag. In dieser Zeit konnte sie es kennen lernen. Der Weihnachtsabend war die rechte Stunde. Dann würden sie eine schöne Feier der Eintracht halten.

Stine aber kam wirklich nicht. Sie war in der Tat so unvernünftig. Ein Gefühl der Bitterkeit stieg in Asmussen auf, und er schüttelte in wehem Erstaunen den Kopf. Er hatte viel für Stine getan, er kam allen Menschen entgegen, sollte er denn gar nichts in seinem Hause haben dürfen? Sollte er immer nur geben, ohne je zu empfangen? Wollte Stine nur von ihm haben und konnte sie sich nicht an seiner Freude freuen? Oder taten ihr die Augen weh, weil Dagmar die Herzen gewann? Müßten die Menschen immer versuchen, das Gute und Schöne herabzuziehen und zu verdächtigen? Müßten sie immer auf Dagmars Herkunft weisen, auf diese Herkunft, um deren willen man sie gerade auf Händen tragen mußte? Es war nicht das erste Mal, daß Asmussen die Welt als fremd und kalt empfand. Solange sie aber in seinem Hause war, würde er sie zu schätzen wissen. Er hatte sein Manneswort dafür gesetzt; er würde auch sein Herz dafür einsetzen, wenn es verlangt werden sollte.

Das klare Wetter hielt sich. Am Abend brannten die Laternen, aus den Schindfenstern der Läden strahlte ein reiches Licht, in den erhellen Straßen war ein reger Verkehr von plaudernden und lachenden Menschen. Man besah die Auslagen der Kaufleute, man trug sich mit geheimnisvollen Paketen, man scherzte mit Bekannten über die kommenden



Badische Politik.

Sprüche, nichts als Sprüche.

In einem Artikel über das zwischen den drei Linksparteien vereinbarte Abkommen schreibt die konservative 'Bad. Warte':

Wir sprechen offen aus, daß die Beschlüsse der drei Linksparteien lediglich dazu dienen, der konservativen Partei und dem Bunde der Landwirte zu einer Festigung und Verstärkung ihres Bestandes zu verhelfen. Die rechtsstehenden Parteien werden bei den kommenden Landtagswahlen mit Eifer und Nachdruck für die Erhaltung der monarchischen und föderalistischen Kräfte in unserm Volke kämpfen, sie werden jene Aufgaben mit Übermut, denen die Nationalliberalen einstimmig sehr verdienstvoll gebient haben, die sie jetzt aber schände im Stiche lassen. Wir konservativen konnten uns — vom egoistischen Gesichtswinkel der Parteipolitik aus betrachtet, — nichts Vorteilhafteres wünschen, denn die wieder einmal klar zutage tretende Bewegung der nationalliberalen Partei unter das rote Joch; im Interesse anderer Vaterlandes und unseres Volkes bedauern wir aber diese betrübende Tatsache außerordentlich.

Muß den Konservativen das Abkommen auf die Nerven geschlagen haben!

Die Wahlpolitik der Rechten.

Zu der Meldung des Wolffschen Tel.-Bureaus, daß Konservative und Bündler unter Verzicht auf eigene Kandidaten in einigen Kreisen im 1. Gang für 'nationalliberale Großblodgegner' eintreten wollten, schreibt in ihrer Nr. 143 die rechtsnationalliberale 'Weidberger Zeitung': 'Woher das Wolff-Bureau diese Nachricht hat, und ob sie zutreffend ist, muß noch dahingestellt bleiben. Ist sie richtig, so hätte man es mit einer konservativen Aufgabe der Waderallität zu tun. Die Spekulation ginge dahin, daß sich Nationalliberale als Kandidaten finden würden, die sich im Gegenzug zu der Haltung der Gesamtpartei zu einem Rechtmittel mit der Rechten bereit finden. Das Mandat wird aber keinen Erfolg haben, denn solche Kandidaten werden sich nicht finden, und wenn sie sich finden sollten, so würden sie von der Partei energisch abgelehnt werden. Darüber hat man insbesondere auf der letzten Sitzung des Engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei keinen Zweifel gelassen.'

Bewerkschaftliches.

Der Terrorismus der bayerischen Regierung.

Die bayerische Regierung hat nunmehr die angekündigte Strafgeldung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes vollzogen. Nicht auf einen Streik soll der renitente Verband zur Strecke gebracht werden, sondern durch ein langames, aber sicheres Absterben will man ihn zu Tode bringen. Jede frühe Blutausführung wird abgelehnt. Den neu zur Verkehrsverwaltung gehenden Arbeitern und Angestellten wird amtlich unterzagt, Mitglied des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahner- und Postpersonals zu werden. Der Revers, der den zum Eisenbahn- und Postdienst neu Zugehenden zur Unterschrift vorgelegt wird, lautet:

'Im staatlichen und dienstlichen Interesse muß von dem Personal der Verkehrsverwaltung der unbedingte Verzicht auf gemeinsame Einstellung der Arbeit oder des Dienstes gefordert werden. Dem Personal ist strengstens untersagt, Verein anzugehören, deren Verhalten nicht die genügende Sicherheit dafür bietet, daß sie von dem Mittel einer solchen Einstellung der Arbeit oder des Dienstes im Bereiche der Verkehrsverwaltung keinen Gebrauch machen werden.'

Ich beständige Kenntnis erhalten zu haben, daß zu diesen Vereinen zurzeit die freien Gewerkschaften, der Metall- und Transportarbeiter sowie der Verband des Süddeutschen Eisenbahner- und Postpersonals gehört. (Datum.) (Unterschrift.) Dieser Revers ist bekanntlich schon vor einigen Wochen in der 'Bayerischen Staatszeitung' angekündigt worden. Und das, trotzdem der 'Süddeutsche' ausdrücklich erklärt hatte, daß er für die Staatsarbeiter den Streik nicht als gesetzlich zulässiges Mittel betrachte. Er hatte weiter erklärt, daß wir uns nur auf gesetzlicher Grundlage bewegen. Das alles genügt den Schützen und Förderern des 'hilflichen' Verbandes nicht. Der 'Bayerische Kurier', das Organ des Herrn v. Hertling, sucht den Revers zu rechtfertigen, indem er sagt, der 'Süddeutsche Verband' habe zwar eine Menge Erklärungen

erlassen, aber um den Kern der Frage sei er stets vorsichtig herumgegangen. Niemals habe er rüchhaltslos ausgesprochen: 'Wir verzichten auf das Streikrecht.'

Das ganze Vorgehen der bayerischen Zentrums-Regierung kennzeichnet sich als ein Akt brutalen Terrorismus zugunsten ihrer schwarzen Garde, des 'christlichen' bayerischen Eisenbahnerverbandes. Der bayerische Eisenbahnminister von Seiblein weiß ebenso gut, wie sein preußischer Kollege es weiß, daß die deutschen Eisenbahner zunächst an einen Streik wirklich nicht denken, daß aber, falls der unaufhörliche behördliche Druck verbunden mit zum Teil übermenslich langer Arbeitszeit und den schlechten Lohnverhältnissen, einmal zu einer Explosion führen sollte, diese sich dann nicht aufhalten ließe an den Zwirnsfäden der Reserve und der gesetzlichen oder besser ungegesetzlichen Streikverbote. Der Vorstand des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes fordert in seinem Organ die Eisenbahner auf, die Reserve zu unterzeichnen. Alles weitere werde sich finden.

8. Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

k. r. Danzig, 21. Juni 1913.

Die heutige Sitzung beginnt mit der Beratung des Punktes 6 der Tagesordnung: Besprechung des Verhältnisses zur Generalkommission und zu den gegnerischen Verbänden, jedoch ist der größte Teil dieser Materie bereits in der geschlossenen Sitzung verhandelt. Döblin weist u. a. darauf hin, daß man sich in Anbetracht des provokatorischen Verhaltens der Unternehmer in Gewerkschaftskreisen mit dem Gebahren vertraut zu machen suche, eine gemeinsame Widerstandsstufe zu gründen. Redner persönlich ist Gegner einer solchen Stufe und legt dar, daß es für richtiger hält, wenn bei großen Kämpfen und Ausprägungen jede Organisation nach ihrem prozentualen Verhältnis zähl. Da indes der nächste Gewerkschaftstages hierüber entscheide, so bittet Redner, die zu wählenden Delegierten in dem von ihm vorgezeichneten Wege zu beauftragen. Die Generalversammlung erklärt sich damit einverstanden. Das Verhältnis des Verbandes zum Internationalen Buchdrucker-Sekretariat bezieht Döblin im allgemeinen als gut, doch lasse sich nicht leugnen, daß mit Döblin und der Schweiz mehrfach Differenzen vorgekommen sind und noch vorliegen über die Behandlung und Handhabung des Arbeitsnachweises, was von Grafmann noch näher geschildert wird.

Reifmüller und Dworaczek-Wien, die beiden österreichischen Delegierten, treten dem entgegen, indem sie die österreichischen Verbandseinrichtungen bewahren und fordern, daß die deutschen Kollegen sich dem unterwerfen. Eine Ausnahme in der Behandlung deutscher und österreichischer Kollegen werde nicht gemacht. Die Debatte spinnt sich indes noch weiter aus, da nunmehr die Schiedung der Einzelvorstellungen Platz greift und die deutschen Kollegen ihre Beschwerden aufrecht erhalten. Schließlich erklärt Döblin: Wenn der Apparat der gegenseitigen Verständigung ein so schwerer sei, dann müßte der Gegenseitigkeitsvertrag überhaupt nicht. Tatsache sei, daß den deutschen Kollegen bei Übernahme einer Stellung in Österreich fortwährend Schwierigkeiten von der Organisation in Österreich gemacht würden. Es müsse deshalb versucht werden, einen Weg zu finden, der diese Schwierigkeiten aufhebe. Damit wird dieser Punkt der Tagesordnung verlassen.

Es gelangen nunmehr alle diejenigen Anträge zur Verhandlung, die sich auf das Fachorgan, den 'Korrespondent', beziehen. Eine Anzahl Anträge verlangt die obligatorische Einführung des 'Korrespondent'. Das Fachorgan wird bei einer Mitgliederzahl von annähernd 70 000 in etwas über 50 000 Exemplaren gelesen. Die Mehrheit der Redner lehnt indes das Obligatorium ab, weil man der Ansicht ist, daß eine den Mitgliedern trotzierte Kost nicht münden werde und andererseits bei der dreimaligen Erscheinungsweise pro Woche die Kosten zu hoch werden würden, um sie ohne weiteres auf die Verbandskasse zu übernehmen. Der Verbandstag lehnt dann auch sämtliche Anträge, die sich auf die obligatorische Einführung des 'Korrespondent' beziehen, ab. Auch ein weiterer Antrag, der eine Frauenbeilage mit literarisch-gewerkschaftlichen Inhalt fordert, wird abgelehnt. Die Redaktion des Fachorgans erhält eine ziemlich scharfe Bekämpfung durch Steinhardt-Hamburg. Er bemängelt, daß die Schreibweise eine zu langatmige und unklare sei, kritisiert die ausführlichen Berichte über Festivitäten und fordert eine Einschränkung der Polemiken gegen die gewerkschaftlichen Gutenbergschüler, denen man viel zu viel Ehre antue, wenn man sie so oft erwähne. Des ferneren kommt Redner noch einmal auf die unliebsamen Hamburger Vorkommnisse zurück, indem er sich darüber beschwert, daß die Korrespondentredaktion seine Berichte nicht aufgenommen habe und man deshalb in Hamburg gezwungen sei, die Ver-

bandsberichte in den örtlichen 'Mitteilungen' zur Kenntnis der Kollegen zu bringen.

Döblin betont demgegenüber, daß es unzulässig sei, örtliche Publikationsorgane zu schaffen, da für die Verbandspublikationen lediglich das Fachorgan maßgebend sei. Redakteur Krahl betont, daß sich die Redaktion dem Kollegen Steinhardt gegenüber in einer schlimmen Situation befinde, da Steinhardt als erklärter Oppositionsmann es nicht fertig bringe, in seinen Berichten objektiv zu bleiben. Immer lasse er in die Berichte seine persönlichen Anschauungen mit einfließen. Auch die Angelegenheit v. Elm und Kaufmann habe er einseitig dargestellt. Der Vorschlag, daß den Gutenbergschülern zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werde, treffe völlig daneben, denn in den beiden letzten Jahren seien sie kaum noch im 'Korrespondent' erwähnt. Einberstanden ist die Redaktion vollständig mit der Kritik Steinhardts an den Festberichten. Aber daran sei die Redaktion unschuldig. Redner benutzt diese Gelegenheit, um einen Appell an die Funktionäre des Verbandes zu richten, doch dahin zu wirken, daß die örtlichen Schriftführer die Korrespondentredaktion mit Festberichten möglichst versehen. Auch Redakteur Helmholz polemisiert gegen Steinhardt, in dessen Person die Schwierigkeiten zu liegen seien, die die Redaktion mit der Hamburger Mitgliedschaft durchzuführen habe. Beschwerden unbedeutender Natur werden dann noch von Schwesbein-Bremen, Erb-Karlsruhe und Maier-Augsburg vorgebracht, während von mehreren anderen Seiten sowohl die prinzipielle Haltung des 'Korrespondent' als auch sein tatsächliches Verhalten in schwierigen Situationen rüchhaltslos anerkannt werden. Nach Beendigung der Aussprache werden die drei Redakteure per Affirmation mit allen gegen eine Stimme (Steinhardt) wiedergewählt.

Döblin referiert nunmehr über einige Anträge und Beschwerden, die bei einer bestimmten Rubrik keine Unterkunft gefunden haben. Erwähnenswert ist ein Antrag, der zum Ausbau der 'Typographischen Mitteilungen' für die beiden folgenden Jahre eine Unterstufung von je 3000 M. fordert. Der Antrag findet Annahme, nachdem er von Döblin befürwortet ist. Ein Antrag der Diätenkommission, in Anbetracht der teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreise in Danzig, an Diäten pro Tag 18 M. zu gewähren, wurde einstimmig gutgeheißen.

Die Aufnahme eines Ueberstundenstatistik wird von mehreren Seiten mit dem Hinweis auf das Ueberhandnehmen der Ueberstundenarbeit empfohlen. Döblin macht zwar auf die Schwierigkeit der Aufnahme einer solchen Statistik aufmerksam, die Versammlung ist jedoch trotzdem der Meinung, daß man die Aufnahme der Statistik beschließen solle. Es gelangt deshalb ein Antrag zur Annahme, der die Aufnahme einer solchen Statistik für ein volles Jahr fordert und den einzelnen Gauen die Verpflichtung auferlegt, unter Benutzung einheitlicher Formulare die einzelnen Berufszweige gesondert in der Statistik zu führen. Es werde sich dann zeigen, daß von der neunstündigen Arbeitszeit nicht mehr viel übrig geblieben sei.

Ein Antrag des Bezirks Frankfurt a. M., die Schriftschneider als eine besondere Sparte anzuerkennen, wird abgelehnt, weil die Generalversammlung ein Bedürfnis hierfür nicht anerkennt. Auf Antrag Döblins wird die Aufnahme der 4 Vorstandsmitglieder per Affirmation einstimmig wieder gewählt. Auf Vorschlag Döblins beschließt der Verbandstag weiter, für die Angestellten des Verbandes durch die Gewerkschaft einen der Grundbesitzer des Vereins Arbeiterpresse entsprechenden Vertrag ausarbeiten zu lassen und ferner, daß dem Verbandsaffiliierter Eisler eine Hilfskraft zur Seite gestellt werden soll. Die Stellung soll ausgeglichen werden. Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wird Leipzig bestimmt.

11. General-Versammlung der Metallarbeiter.

k. r. Breslau, 21. Juni.

Sechster Tag.

Wir teilten schon in unserem jüngsten Berichte mit, daß die Generalversammlung eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in den Fällen der Arbeitslosigkeit beschließen habe und schrieb dann weiter: 'Bei Erwerbslosigkeit durch Krankheit wollen wir die alten Sätze nicht ändern.' Bei der Einzelberatung der Statuten und der Beschlußfassung über die einzelnen Paragraphen ist dann die neue Festlegung der Unterstützungsätze bei Arbeitslosigkeit genau aufgeführt. Darunter befindet sich der Satz: Im Falle von Krankheit gilt das gleiche. Das muß selbstverständlich heißen: Im Falle von Krankheit gilt das alte — wie auch aus der weiter oben stehenden Bemerkung schon ersichtlich ist.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr, diesmal wieder mit eilichen Urlaubsgenehmigungen.

Es wird ein Antrag gestellt, den Teil des Statuts, der bis jetzt noch nicht erörtert ist, im ganzen anzunehmen. Schlüsse schlägt vor, daß durch den Berichterstatter der Statutenberatungskommission im ganzen über die wichtigsten noch ausstehenden Änderungen gesprochen werden solle. Dies wird durch die Generalversammlung genehmigt.

Die §§ 15 bis 22, die Streit- und Mahngelungsunterstützung, Rechtschutz, Rechtsansprüche an den Verband, persönliche Streitigkeiten, Schiedsgericht, Beendigung der Mitgliedschaft und Ausschluss behandeln, bleiben die alten.

Die Abstimmungen erfolgen ohne Diskussion. Der § 23 erhält eine Anzahl kleinerer Korrekturen.

Die §§ 24 bis 34 bleiben unverändert die des alten Statuts. Zu § 35 liegt folgender Antrag vor: 'Die Generalversammlung wird ersucht, an Stelle des heute bestehenden Wahlsystems ein mehr zeitgemäßes Wahlsystem mit der Delegiertenwahl setzen zu wollen.' Der Beschluß der Kommission lautet dahin, den Antrag dem Vorstande als Material zur Prüfung und eventueller Ausarbeitung einer Vorlage oder Berichterstatter an die nächste Generalversammlung zu überweisen. Die Gründe dazu sind, daß die Kommission der Ansicht ist, daß das Wahlsystem zu den Generalversammlungen reformbedürftig ist. Die Kommission konnte jedoch zu einem praktischen Vorschlag nicht kommen, da ihr zur Ausarbeitung eines solchen alle Grundlagen fehlten.

Die Generalversammlung beschließt, sich den Beschläffen anzuschließen.

Die §§ 36 bis 38 bleiben unverändert. Der § 39, der bestimmt, daß das neue Statut am 1. Juli ds. J. in Kraft zu treten hat, wird angenommen.

Die Abstimmung über das Gesamtstatut ergibt die Annahme gegen eine Stimme.

Es folgen die Berichte der zwei Beschwerdekommmissionen. Liebmann-Leipzig hat sich bei der Generalversammlung über eine Klage beschwert, die er in Leipzig bekommen hat. Seine Beschwerde wird abgelehnt. Er hat sich weiter darüber beschwert, daß die Klage in der 'Metallarbeiterzeitung' abgedruckt worden ist, ehe die höchste Instanz, die Generalversammlung, gesprochen habe. Auch diese Beschwerde wird abgelehnt. Eine weitere Leipziger Beschwerde beim Ausschuss wehrt sich dagegen, daß der Hauptvorstand einen Beschluß inhibiert habe, auf Kosten der Leipziger Lokalkasse einen Kollegen zur Partikelschule zu schicken. Der Leipziger Standpunkt, der die Haltung des Vorstandes als Eingriff in das lokale Selbstverwaltungsrecht betrachtet und das als eine Maßnahme ansieht.

Ueberraschungen. Auch Lorenz Asmussen war häufig in dem Strom und besah mit einem stillen Schmuckeln die Läden. Er kaufte allerhand Kleinigkeiten, mit denen er Dagmar überwiegen wollte. Er war dabei so hilflos wie ein Kind. Er hatte bereits Handschuhe und Taschentücher aus Vatist und gefütterte Pelztüfel für den Eislauf erstanden; aber nun mußte er auch rein gar nichts mehr und auch auf diese Dinge hatten ihn die Verkäufer gebracht. Das Hauptgeschick aber fehlte noch, und Asmussen grübelte dergleichen darüber nach, was man so einem jungen Frauzimmer wohl schenken könne. Es mußte ja etwas sein, das einen gehörigen Wert repräsentierte; in der Weihnachtsbescherung sollte ja ein Teil des Lohnes stecken und nicht der geringste. Der Monatslohn war ja lächerlich, wenn er den Zuwachs an Kästen und den musterhaften Betrieb des ganzen Hauses überflüg. Was hatte sie nicht alles in Kiel gekostet bekommen und zwar mit Recht! Er konnte weiß Gott nicht mit Taschentüchern und solchem Krimskrams kommen; aber was sollte es nur sein? Der Nachmittag des heiligen Abends kam heran und Asmussen hatte noch immer nichts. Die Laternen brannten schon. Er stand ratlos vor einem der besten Läden der Stadt und besah die Schaufenster. Ein weißer Pelzfragen war ausgestellt, in der Mitte des Fensters und in wirkungsvoller Einsamkeit.

Hübsch, dachte Asmussen, aber so ein Ding war ja auch nichts Ordentliches wert. Auf Dagmars dunklem Pelzjackett würde es gewiß gut aussehen, aber das Hauptgeschick hatte er damit noch immer nicht.

Er wollte ihn aber doch kaufen; er war doch immer einen Schritt weiter und dann sollte ihm der Kaufmann in Gottes Namen etwas in die Hand stecken.

Asmussen betrat den Laden und grüßte.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Als 'Siegfried' hatte Kammerjäger Mohs Pennarini (Hamburg) Gelegenheit, sich am Sonntag dem hiesigen Theaterpublikum vorzustellen. Der zweite Akt des Nibelungen-

Ringes: 'Siegfried' war nun auch von Ab. Wolffs Künstlerhand neu ausgestattet worden und präsentierte sich erstmals an diesem Abend in seiner neuen dekorativen Gewandung. Obwohl hier also zwei künstlerische Momente gleichzeitig hätten zum Bewußt des Theaters anspornen sollen, wies der Zuschauerraum doch erschreckend große Lücken auf. Die Ursache hierfür mag verschiedene Gründe haben; jedenfalls hätte aber die Schöpfung Wolffs sowie der Gast weitgehendere Beachtung verdient.

Der wilde, ungezügelt Anabe Siegfried fand darstellerisch durch Mohs Pennarini eine sieghafte Verkörperung. Der spätere Uebergang zum Erachen der ersten reinen Liebesempfindung beim Anblick der schlummernden Brünhilde war feinsinnig vorbereitet und von tiefer, überzeugender Wirkung. Die stimmlichen guten Eigenschaften des namhaften Gastes beruhen hauptsächlich auf dem lyrischen Moment und hier entfaltete sich das Organ zu angenehmen, warmen Klängen. Durch rhythmische Ueberstärkungen — besonders in Akt I — büßte allerdings die Textausprache bei manchen Stellen an Verständlichkeit ein. Das Publikum nahm die künstlerische Darbietung Pennarinis mit Begeisterung auf und gab ihm durch lebhaften Applaus Gelegenheit, sich wiederholt vor dem Vorhang verneigen zu können.

Aber auch unser technischer Direktor und Hoftheatermaler Ab. Wolff durfte vor dem Vorhang den lauten Dank des Publikums entgegennehmen. Dieses jüngst geschaffene Werk — seine Siegfried-Ausstattung — reißt sich würdig den vorhergehenden an und läßt den Künstlername Wolf in der hiesigen Theatergeschichte nicht mehr vergessen. Die Schmiedehöhle Wimes mit ihrer dämmerigen Innenbeleuchtung und dem perfektiven Ausblick in den fernen Wald, — der in feingebönten, leuchtenden Farben prangende Wald mit des Lindwurms Reichhöhe, ein grauenerregendes Bild, wie aus dem deutschen Sagenbuch — dann der Drache selbst mit seinen riesigen Dimensionen und seiner grünlich-berdenden Schlangenhaut, ein Meisterstück bühnentechnischer Maschinenkunst — und dann die wichtige Felsengänge mit ihren brillanten Wollen- und Lichtstimmungen — all diese Dekorationsgebilde sind Werke von unvergleichlich künstlerischer Wert. Farblich bis zur intimsten Wirkung herausgearbeitet, zeichnen sie sich durch perspektivische und plastische Formenwirkung aus.

Die bekannte Felsung mit unferen bewährtesten Kräften war durch dieses neue Bühnenbild in eine besonders festliche Stimmung versetzt, denn sie standen alle auf künstlerischer Höhe. W. Sch.



Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Juni.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) behauptet, daß keiner der sozialdemokratischen Anträge Gnade gefunden habe und bespricht im einzelnen nochmals die sozialdemokratischen Wünsche zu dem Gesetz. Zu verurteilen sei es, daß die preussische Praxis die Einbürgerung auf alle deutschen Bundesstaaten ausgedehnt werden soll. Nach Schimmer sei der Einspruch der Bundesstaaten gegen die Einbürgerung in irgend einen andern Bundesstaat. Die Sozialdemokratie könne dafür keine Verantwortung übernehmen und werde deshalb, wenn die sozialdemokratischen Abänderungsanträge nicht angenommen würden, das Gesetz ablehnen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Bezüglich des von dem Abg. Hansen vorgebrachten Falles in Nordshleswig habe ich festzustellen, daß der Betreffende nicht wegen Apfeldiebstahls bestraft worden ist, sondern weil er aus einer verschlossenen Kammer der Tochter seines Dienstherrn 19 Mk. gestohlen hatte. Er ist damals wegen seines jugendlichen Alters nur mit einem Verweis bestraft worden. Die sozialdemokratischen Anträge würden unentwerrbare Mißverhältnisse für die Deutschen im Auslande geben und würden für uns das Gesetz unannehmbar machen.

Abg. Blund (Fortfchr. Sp.): Wir sehen in dem Gesetz einen Fortschritt gegen früher und können es daher nicht verurteilen, das Gesetz an den vorliegenden Anträgen scheitern zu lassen. Wir haben das Vertrauen, daß die Behörden das Gesetz loyal anwenden werden.

Abg. Bernstein (Soz.): Wir sehen in dem Gesetz keine Möglichkeit, die bisherige Praxis der Einbürgerung zu ändern. Abg. Landsberg (Soz.): Es bleibt dabei, daß lediglich die preussische Praxis auf das Reich übertragen wird.

Abg. Dr. Blund (Fortfchr. Sp.): Das ist nicht der Fall. Damit schließt die Generaldebatte. Nach unänderter Annahme der §§ 1 bis 6 begründete beim § 7.

Abg. Bernstein (Soz.) einen Antrag, demzufolge der Antrag auf Einbürgerung nicht zurückgewiesen werden darf, wenn der Antragsteller keine Staatsangehörigkeit hat, wenn die Ehe mit einem Ausländer von einer Frau eingegangen worden ist, die bis dahin eine Deutsche war, ferner, wenn der Antragsteller in Deutschland geboren ist und sich bis zur Volljährigkeit ohne längere Unterbrechung in Deutschland aufgehalten hat.

Abg. Hansen (Däne) bittet die Regierung um Auskunft, weshalb die Verhandlungen mit Dänemark über die Staatenlosenfrage noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Verhandlungen mit Dänemark werden zu Ende geführt, wenn keine Aussicht mehr vorhanden ist, daß Deutschland mit seiner Gesetzgebung die Frage aus der Welt schaffen kann. Die Staatenlosenfrage ist eine Folge der dänischen Gesetzgebung.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Beim § 7a (Zuständigkeit des Reichsanwalters betreffend Feststellung der Bedenken gegen die Einbürgerung in einem Bundesstaat) beantragen die Sozialdemokraten, die Entscheidung dem Bundesrat vorzulegen.

Abg. Dr. Duard (Soz.): Unser Antrag ist notwendig. Er will, daß nicht jeder Fortschritt aus dem Gesetz beseitigt wird. Abg. Walther (F. Sp.): Durch diesen Antrag würde das Gute, welches die Kommission geschaffen hat, beseitigt werden.

Abg. Bernstein (Soz.): Es steht noch keineswegs fest, wie Preußen das Gesetz anwenden wird. Staatssekretär Dr. Delbrück: Bezüglich der Einbürgerung wie bezüglich der Ablehnung müssen wir die Einseitigkeit in sämtlichen Bundesstaaten anstreben. Dazu bietet dieser Paragraph eine Handhabe.

Der Antrag wird abgelehnt. — Nach kurzer Erörterung zum § 10 (Bestimmung über die Einbürgerung von Staats-, Gemeindef., Kirchen- und Schulbeamten) wird ein Zentrumsantrag angenommen, die Anstellung eines Beamten im Dienst einer von den Bundesstaaten anerkannten Religionsgemeinschaft für einen Deutschen als Aufnahme, für einen Ausländer als Einbürgerung gelten zu lassen. Der Rest der Vorlage findet ohne Debatte Erledigung. — Damit ist das Gesetz endgültig angenommen.

Die mit der Vorlage in Verbindung stehende Aenderung des Reichsmittelergesetzes wird gleichfalls angenommen, ebenso die Resolution der Kommission auf Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts, dem auch die Entscheidung über Streitfragen aus diesem Gesetz in letzter Instanz zu übertragen ist. Annahme findet weiter eine Resolution der Nationalliberalen betreffend die Schaffung einer Zentralstelle im auswärtigen Amt, durch die ehemaligen Deutschen die Wiedererlangung der Reichsangehörigkeit erleichtert wird.

Es folgt die erste Lesung des Abkommens zur Vereinheitlichung des Wechselrechts vom 23. Juli 1912 nebst der dazu gehörigen einheitlichen Wechselordnung.

Staatssekretär v. Jagow: Die Bestrebungen, ein einheitliches Wechselrecht für alle Kulturstaaten zu schaffen, liegen weit zurück. Auf der internationalen Wechselrechts-Konferenz wurde ein Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts abgeschlossen, das im vorigen Jahre von 26 Staaten unterzeichnet worden ist. Abwärts stehen vor allem noch England und Nordamerika. Das Abkommen ist für die Handelskreise und in politischer Beziehung von großem Wert.

Staatssekretär Dr. Lisco: Die neue Wechselordnung beruht auf internationalen Abmachungen der Länder deutscher Zunge. Es wird also in Zukunft eine vollständige Uebereinstimmung des Wechselrechts bestehen.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir begrüßen das Abkommen. In ihm sehen wir den Vorläufer anderer internationaler Abkommen auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts.

Abg. Belger (Zentr.): Wenn auch zu wünschen ist, daß sich England und Amerika noch anschließen, so ist doch der Erfolg heute schon groß.

Abg. Dr. Fund (natl.): Es wurde ein großes Werk geschaffen, das wir freudig begrüßen.

Nachdem auch die Redner der übrigen Parteien ihre Zustimmung zu dem Gesetz ausgesprochen hatten, wurde das Gesetz in der 1. und 2. Lesung angenommen, desgleichen in 3. Lesung das Dittengesetz und in 1. und 2. Lesung ein Nachtragsetat. — Es folgt die

2. Lesung des Wehrbeitrags. Staatssekretär Kühn: Der Grundgedanke der Vorlage war, das Vermögen zu treffen. Gegen die Art der Durchführung dieses Planes hat eine scharfe Kritik eingeleitet. Es wurde die ungleiche Gerechtigkeit bemerkt. Die Kommission hat versucht, diesem Mangel abzuhelfen, ist aber dabei in entgegengekehrte Extreme verfallen. Während die Regierung im wesentlichen das Vermögen besteuern wollte, hat die Kommission eine Art einmaliger Einkommensteuer in das Gesetz eingefügt. Die scharfen Angriffe gegen die Kommissionsarbeit sind maßlos übertrieben. Ein zweiter Rückgriff auf den Besitz darf nicht mehr stattfinden.

Abg. David (Soz.): Wir lehnen das Gesetz ab, durch das Vermögen zu unproduktiven Zwecken dem wirtschaftlichen Leben entzogen werden. In den zunächst betroffenen Kreisen ist die Begeisterung geschwunden und ein Sturm der Entrüstung hat Platz gegriffen. Der Staatssekretär mag Stein und Bein schwören, die Abgaben sollen nur einmalig sein (große Heiterkeit); es kommt doch anders, denn die Müstungspolitik wird weiter gehen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Daß es ein Verdienst der Sozialdemokratie sei, wenn das Gesetz sozialer geworden ist und ein schöneres Gesicht bekommen hat, trifft nicht zu. Das ist namentlich das Verdienst des Berichterstatters. (Lachen links, Beifall.)

Abg. v. Salem (Reichsp.): Bemerkenswert ist, daß die meisten Proteste aus Handelskreisen stammen. (Gört, hört! rechts.) Wir begrüßen es freudig, daß der Opfermut wie vor 100 Jahren, jetzt im ganzen Deutschen Reich wieder aufkommen wird. Darauf wird der grundlegende § 1 mit allen gegen die Stimmen der Polen und des Abg. Gaegh (Elf. Zentr.) angenommen.

Zu § 5 betreffend das Kapitalvermögen wird ein Kommissionsantrag angenommen, der die Bank- und sonstigen Guthaben freilassen will, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen; ebenso ein Kompromißantrag, monach noch nicht fällige Ansprüche auf Lebens- und Kapitalversicherungen, aus denen der Berechtigte noch nicht in den Rentenbezug eingetreten ist, nicht als Kapitalvermögen zu betrachten sind.

Zu § 8 wird ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der auch die Schmutzfächer besteuern will. Die Sozialdemokraten beantragen einen besonderen Paragraphen, der die Beitragspflicht der Foten Hand festlegen will. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu § 12, Beitragspflicht der Aktiengesellschaften und Kreditgesellschaften auf Aktien wurde der Antrag der Sozialdemokraten, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, abgelehnt.

§ 13 sieht Beitragfreiheit der Kleinen Vermögen bis zu 10 000 Mk. vor. Die Sozialdemokraten beantragen, das beitragsfreie Vermögen auf 30 000 Mk. zu erhöhen bei einem Einkommen von weniger als 5000 Mk. und auf 50 000 Mk. bei einem Einkommen von weniger als 3000 Mk. Die Kommission hatte beschlossen, diese Sätze auf 50 000 Mk. bei einem Einkommen bis zu 2000 Mk. und auf 30 000 Mk. bei einem Einkommen von 2000—4000 Mk. festzusetzen.

Abg. Dr. David (Soz.) beantragt, die Abstimmung über diese Paragraphen bis zur Beschlußfassung über die Stapelung (§ 31) auszusparen.

Nach längerer Erörterung, in der Staatssekretär Kühn betonte, daß nach dem Beschluß der 1. Lesung die großen Vermögen nicht zu hoch besteuert werden sollten, zum Teil bis zu 14 Prozent, und daß deshalb die Kommission sich in der zweiten Lesung auf niedrigere Sätze geeinigt hätte, wurde der Paragraph in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso debattelos einige weitere Paragraphen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung Reichstempelgesetz. Schluß 1/2 Uhr.

die eine gewisse Richtungsbeeinflussung darstelle, wird von Saager-Essen verteidigt.

Die Generalversammlung schließt sich dem Vorschlage des Berichterstatters der ersten Kommission, Saager-Karlruhe, an und lehnt die Beschwerde mit Mehrheit ab.

Verschiedene Berliner Kollegen sind ausgeschlossen worden, weil sie zu gleicher Zeit im gelben Verein organisiert waren und nach Aufforderung nicht ausgetreten sind. Der Ausschluß wird bestätigt.

Das Urteil eines Schiedsgerichts, das dem Kollegen Diezner-Berlin eine Rüge erteilt hat, wird angegriffen, es müsse Ausschluß erfolgen. Es bleibt bei dem Rügebeschlusse.

Börger-Hamburg wurde aus einem Betriebe entlassen, man nahm Maßregelung an, konnte dann aber nicht für ihn eintreten, weil seine Arbeitsweise verschiedene allgemeine Lohnführungen zur Folge hatte. Börger's weiteres Verhalten führte zum Ausschluß. Dieser wird bestätigt.

In Göttingen wurde dem Kollegen Resch durch ein Schiedsgericht eine Rüge erteilt. Der Zentralvorstand trat dem Beschlusse nicht bei, die Schuld sei nicht klar genug erwiesen. Dagegen erhebt die Göttinger Verwaltung Beschwerde. Diese wird abgelehnt.

Erläutere andere Berliner Beschwerden werden ebenfalls durch die Generalversammlung nach dem Vorschlage des Berichterstatters der ersten Kommission abgelehnt. Nur in einem Falle, dem des Kollegen Meier-Berlin, wird das Urteil korrigiert und der Ausschluß zurückgenommen.

Es folgt der Bericht der zweiten Beschwerdekommision. Berichterstatter ist Haas-Köln. Verschiedene Beschwerden, die Verpachtungsgeschäfte betreffen, werden nach dem Vorschlage der Kommission abgelehnt.

Eine Beschwerde aus Pforzheim wird nach Vorschlag der Beschwerdekommision im Sinne von Vorstand und Ausschluß entschieden.

Eine Stuttgarter Beschwerde gegen die „Metallarbeiterzeitung“, wegen eines Pressenachsetzels, den sie bei einer Stuttgarter Streikzeitung auf Redaktionskosten verhandelt habe, wird abgelehnt.

Geidinger-Stuttgarter erhebt den Vorwurf, daß ein Stuttgarter bürgerliches Blatt auffallend rasch die gleiche Information gehabt habe.

Schilde weißt den Vorwurf zurück. Die Tatsachen hätten schon beim Schiedsgericht Scherms ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruhe.

Richter-Berlin, der Berichterstatter der Rechnungskommision, beantragt, für die Kassenführung des Ausschusses Entlastung zu erteilen. Es wird dementsprechend beschloffen.

Zum internationalen Metallarbeiterkongreß in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst. Es wird beschloffen, auf den internationalen Sozialistenkongreß drei Delegierte zu entsenden; gewählt werden Schilde-Stuttgarter, Cohen-Berlin und Brandes.

In die Staffelleitungsmission werden gewählt vom Bezirk 1: Seemann-Königsberg; 2: Ostheimer-Grlitz; 3: Paplowitz-Berlin; 4: Sirtke-Aue, 5: Striefler-Gannover; 6: Garbe-Kiel, Jäger-Düsseldorf; 8: Meh-Frankfurt a. M.; 9: Saager-Karlruhe; 10: Umrath-Würtemberg und Siering-Berlin.

Zwei Anträge, die verlangen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der Einführung der Invalidenunterstützung beschäftigen soll, werden abgelehnt.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Köln gewählt.

Die alte Verbandsleitung wird wiedergewählt: Schilde als 1. Vorsitzender, Reichel als 2. Vorsitzender, Werner als Kassier und Massatsch als Sekretär.

Der Sitz des Ausschusses bleibt Frankfurt a. M., die Kommission bleibt die alte.

Die Redaktion bleibt in den Händen von Scherms und Nitt.

Die folgende Resolution wird ohne Diskussion angenommen. In Uebereinstimmung mit dem von der Generalversammlung in Mannheim beschlossenen Antrag an den Gewerkschaftskongreß in Dresden, betrachtet die erste ordentliche Generalversammlung das Umlegerverfahren zur Anbringung von Mitteln zur Unterstützung von Streiks und Ausdehnungen für den besten Ausweg und erwartet vom Vorstand, daß er in den Vorstandskontoren der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände für seine Einführung wirkt.

Um bei etwaiger Anwendung des Umlegerverfahrens einer zu großen Inanspruchnahme der eigenen Verbandsmittel vorzubeugen, ist der Vorstand zur Erhebung eines Extrabeitrags, Paragraph 6 Absatz 6 des Verbandsstatuts, berechtigt.

Schilde, der Verbandsvorsitzende, schließt die Verhandlungen. Ich darf wohl sagen, ohne zu übertreiben, unsere Verhandlungen sind von großer Eintracht geleitet gewesen, trotz aller sachlichen Auseinandersetzungen. Es ist uns recht schwer geworden, einen Teil unserer Kollegen von der Generalversammlung auszuschließen. Ich hoffe, daß die, die es angeht, unsere Haltung als freundschaftlichen Rat auffassen werden. Wir haben hier gearbeitet, jetzt gehen wir hinaus, draußen steht der Feind!

Die Versammlung wird mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

Das mißliebige Festspiel.

Gerhart Hauptmann laß dir sagen: Deine Dichterei war Blech! Wie auch kommst du es wagen? Wer die Wahrheit liebt, hat Recht! Gättest du ein Lieb gejunge Von der Hohenzollern Macht, Und womöglich noch den jungen Kaiserproß hineingebracht! Gättest du doch so geschrieben, Daß es schmeichelt seinem Ohr, Wärest du in Gunst geblieben Bei dem hohen Protektor. Wärest du berühmt geworden Als ein braver Unterthan; Hast verschert jetzt Ruhm und Orden, Hauptmann, du bist abgetan! Warum schreibst du im Gedichte Wie in Wirklichkeit es war? Gerhart Hauptmann, die Geschichte Diegt zurück schon hundert Jahr; Und im Laufe dieser Zeiten Wendete die Chronik sich. Frage Wilhelm 'mal den zweiten Und den Kronprinz Friedrich!

Friedr. P.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch, Abonnement Berlin W., Potsdamerstr. 121 h, die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 12. Heft ihres 19. Jahrganges herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor:

Adolph v. Elm: Die rote Volksfürsorge. — Dr. Ludwig Quessel: Die Neuaufteilung Afrikas. — Eduard Bernstein: Vom

Geist des englischen Sozialismus. — Wilhelm Mütsche: Zur Schulung der Funktionäre. — Dr. Wilhelm Hausenstein: Land- und Demokratie. — Kaspar Schmidt: Nochmals Klein- und Großbetrieb in der Landwirtschaft. — Friedrich Kleis: Das Verhältniswahlverfahren in der Reichsversicherung. — Sozialpolitik von J. Heiden. — Kommunalsozialismus von Dr. S. Lindemann. — Psychologie von G. Chaym. — Ruffin von Dr. E. Falkmann. — Verlebe von F. Linke.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6-7 Hefte) 3 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporturen, in den Kiosken, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamerstr. 121 h, Berlin W. 35. Zustellung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Das Kunstblatt, das die Abnehmer der Zeitschrift „In Freien Stunden“ halbjährlich kostenlos erhalten, gelangt mit Nummer 26 zur Ausgabe an die Abonnenten. Zur Verteilung gelangt eine gut ausgeführte Gebirgslandschaft von Alexander Galante, betitelt: Der Gebirgsbach.

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die Zeitschrift „In Freien Stunden“ und wie der Verlag uns mitteilt, wird eine Erweiterung des Inhalts vorgenommen werden, die nicht nur geeignet sein wird, die alten Abonnenten zu erhalten, sondern die beliebte Wochenzeitschrift — die nur 10 Pfg. pro Heft kostet — viele neue Freunde gewinnen wird.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporture entgegen. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, kostenlos.

Kommunale Praxis. Wochenzeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. Jede Woche ein Heft. Abonnement 3 Mk. pro Quartal, Einzelnummer 80 Pfg. Bestellungen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Spediteure. Alle Kommunalpolitiker, Gemeindevorsteher, Stadtverordnete sollten ständig Leser der „Kommunalen Praxis“ sein.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Partei Badens.

Parteiengenossen! Das 1. Quartal des neuen Geschäftsjahres 1913/14 geht seinem Ende entgegen. Wir wollen deshalb nicht veräumen, die Vertrauensleute der Mitgliedschaften und insbesondere unsere Einflüssiger darauf hinzuweisen, daß sämtliche Abrechnungen nach Schluß des Quartals sofort fertigzustellen und nebst den Geldern bis spätestens 10. Juli dem Kreisaffizier einzusenden sind. Ebenso sind die Kreisaffizier verpflichtet, Abrechnungen und Gelder bis spätestens 20. Juli an die Landeskasse einzusenden.

Ferner richten wir an alle diejenigen, die Literatur im Besitz haben, die dringende Bitte, abzurechnen und die dafür dazugehörigen Gelder sofort an die Genossen abzuliefern, von denen das Material in Empfang genommen wurde.

Der Landesvorstand erwartet, daß diese Anregung genügt, um die Parteiengenossen des Landes an ihre Pflichten zu erinnern und pünktlich abzurechnen.

Mannheim, den 26. Juni 1913. Der Landesvorstand: J. A.: Karl Gahn, R 3, 14, II.

Forstheim, 26. Juni. Sozialdem. Verein. Laut Beschluß findet nächsten Samstag abend punkt 9 Uhr im „Wahnhof“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. In derselben wird auch Bericht über den Parteitag in Freiburg erstattet; es findet auch Neuwahl statt. Parteiengenossen! Der Besuch der letzten Versammlungen ließ zu wünschen übrig. Diese Gleichgültigkeit darf nicht länger bestehen bleiben, soll nicht die Partei Schaden dadurch erleiden. Wir erwarten, daß die Parteiengenossen vollständig in der Versammlung erscheinen, um ihr Interesse an der Partei zu bekunden.



### Kommunalpolitik.

**Gagsfeld, 24. Juni.** In einer am Samstag, 21. d. M., stattgefundenen öffentlichen Versammlung von Einwohnern der Gemeinde Gagsfeld wurde zu der geplanten Verlegung der Strecke Karlsruhe—Gagsfeld der Lokalbahn Durmersheim—Spöck anlässlich deren Elektrifizierung Stellung genommen. Die Versammlung nahm hierbei eine Resolution an, in welcher zum Ausdruck kam, daß sich die Gemeinde unter keinen Umständen mit der Verlegung der Strecke über Rintheim einverstanden erklären kann, sondern unbedingt auf das Fortbestehen der alten Linie bestehen bleiben muß. Eine Elektrifizierung der Bahn auf der bisher bestehenden direkten Strecke Karlsruhe—Gagsfeld würde selbstverständlich mit Freuden begrüßt werden.

Das Komitee.

### Aus dem Lande.

**Durlach.**  
— Verhaftet wurde Mittwoch morgen ein Schleifermeister der Griesnicher Fabrik unter dem Verdacht, unredliche Manipulationen zum Nachteil der ihm unterstellten Arbeiter verübt zu haben.

— Aus dem Gemeinderatsbericht vom 24. Juni. Die Herstellung der Schweigeanlage der Hauptstraße soll nach dem Vorschlag des Stadtbauamts und früheren Gemeinderatsbeschlüssen eine einseitige werden. Die Bordsteinanlage soll aus Granit, der Gehwegbelag aus Porphyrschichten bestehen. Der Aufwand ist auf 55 300 M. veranschlagt, wovon circa 20 000 M. von den Anwohnern zurückzuerhalten werden sollen, während der Rest mit 30 300 M. beim Bürgerausschuß angefordert werden soll. Es sollen bis zu zwei Meter Gehwegbreite rückwärts von 6 M. pro Quadratmeter Gehwegbelag und 8 M. pro laufenden Meter Bordstein. — Nachdem Herr Rechtsanwalt Neumann aus dem Kollegium ausgeschieden ist und sein Amt als Gemeinderatsvorsitzender niedergelegt hat, tritt an seine Stelle im Gemeinderat Herr Richter Semmler, als Gewerbedirektorvorsitzender wird Herr Rechtsanwalt Guttenberg bestimmt. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Bezirksrats betr. die Neuorganisation des Krankenversicherungswesens im Bezirk. Darnach wird, entgegen dem feinerzeitigen Beschlusse des Gemeinderats, die Ortskrankenkasse Durlach als Bezirkskrankenkasse für den gesamten Amtsbezirk zugelassen. (Dieser Beschlusse ist erfreulich und entspricht durchaus der von den Arbeitern immer vertretenen Auffassung, D. M.) — Der Schulplatz vor der Friedrichschule soll entsprechend einer vom Stadtbauamt vorgelegten Planfläche hergestellt werden, sobald Straße und Gehweg entsprechend reguliert und hergerichtet wird.

**Sttlingen.**  
— Zur Frage der Erhöhung des Bürgermeistergelohes wird uns noch geschrieben: In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 28. Februar d. J. wurde eine Vorlage beraten und von den bürgerlichen Parteien einstimmig genehmigt, welche für den Sparassessor einen Anfangsgehalt von 3800 und 4500 Höchstgehalt vorschlag. Herr Lepper sprach im Namen der sozialdemokratischen Fraktion dahingehend, daß nur 3000 M. als Anfangsgehalt und 4000 M. als Höchstgehalt für genügend betrachtet. Diese Gehaltserhöhung habe noch sehr bedenklliche Nebenwirkungen, da auch die anderen folgen werden. Man möge diese Angelegenheit bei dem sozialdemokratischen Antrag bewenden lassen, bis zur endgültigen Vorlegung eines Arbeiter- und Beamtenstatuts. Mit nichten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erwidern nicht die Ausführungen unseres Redners und jetzt kommt das „dicke Ende“ nach. Der Bürgermeister tritt schon als „Rächer“ mit genau derselben Argumentation auf und wünscht 1000 M. mehr. Wer kommt noch ihm? Vorausichtlich der Stadtbauamtschef. Dieses Gebahren wirkt empörend, wenn man in Betracht zieht, mit welcher Fähigkeit der Bürgermeister und der Gemeinderat in genannter Sitzung die Unmöglichkeit der sofortigen und rückwirkenden Regelung der Beamten- und Arbeiterentlohnung verhandelt und mit Umlageerhöhung argumentierten. Falls nun diese 1000 M., welche der Bürgermeister für sich wünscht, vielleicht vom Himmel? Der Bürgermeister hätte besser getan, seine persönlichen Wünsche so lange zurückzustellen, bis die unter seinem Regime stehende Stadt seine häßlichen Arbeiter mehr gehabt hätte, welche unter dem ortsküblichen Tagelohn entlohnt werden.

Wie steht es überhaupt mit dem in verfloßener Sitzung gegebenen Versprechen auf baldmöglichste Schaffung einer paritätischen Kommission zur Schaffung des Beamten- und Arbeiterstatuts? Es sind bereits vier Monate verfloßen und nichts ist geschehen. Wenn in solcher Weise das Vertrauen des Bürgerausschusses getrübt wird, darf man sich nicht wundern, wenn man in Zukunft die Worte der engeren Gemeindeverwaltung anders als bisher bewertet.

— Ein bedauerlicher Baunfall ereignete sich gestern (Mittwoch) morgen am Neubau der Maschinenfabrik Lorenz hier. Bei Abmessung der Sohle in einem circa vier Meter tief ausgegrabenem Schacht rutschte plötzlich das Erdreich zusammen und verschüttete den darin beschäftigten Maurerpolier Schott von hier. Derselbe war längere Zeit bewußtlos und mußte mittels Krankenträger von der Baustelle gefahren werden; er hat schwere innere Verletzungen erlitten.

Es ist nur verwunderlich, daß an diesem Neubau noch keine größeren Unfälle vorgekommen sind. Die Unfallverhütungsvorschriften stehen hier scheinbar nur auf dem Papier. Schutzvorrichtungen sind Luxusartikel. Es wäre doch sonst nicht gut möglich, daß circa 6 Meter hohe, circa 35 Zentner schwere Pfeiler (Gusseisen) ohne jegliche Hebewerzeuge (Rafsenzüge, Winden) frei aufgerichtet werden müßten. Auch vorstehender Unfall wäre zu vermeiden gewesen, wenn der betr. Schacht ausgeschalt worden wäre. Aber bekanntlich wird der Brunnen erst zugebaut, wenn das Fundament eingestürzt ist. Mögen diese Beilen dazu beitragen, daß von der borgeordneten Behörde hier mal Remedur geschaffen wird.

**Offenburg.**  
— In Sachen „Offenburger Bahnhof“ schreibt man uns: Nach Eröffnung des Baseler Bahnhofs werden die Mißstände im Offenburger Bahnhof den Durchgangsfreisenden noch mehr zum Bewußtsein kommen. Der neue Baseler Bahnhof wird durch große Bahnhöfe und 8—4 breite Unterführungen glänzen und der Offenburger Bahnhof muß unwill-

fürlich durch seine gedrückten, unfreundlich wirkenden Bahnsteigdächer abstecken. Wenn nun der Reisende sich im Offenburger Bahnhof einfallen läßt, der Stadt einen Besuch abzustatten oder sich nur nach den Wartesälen oder der Bahnhofrestauration begeben will, wird er die vorhinflutende Anordnung der beiden Unterführungen am Anfang und Ende „bewundern“ müssen.

Daß in dieser Anordnung ein ganz erheblicher Mißgriff der Eisenbahnverwaltung vorliegt, darüber gibt in Fachkreisen sowie in den Kreisen der Reisenden nur ein Urteil. Aber die Eisenbahnverwaltung gebärdet sich wie ein trotziges Kind, das zwar den Fehler erkennt, aber glaubt, durch Mißachtung der Sache aus dem Wege zu gehen.

Die Bahnsteigdächer in Offenburg lassen sich nicht mehr in Gassen umwandeln. Der Mißgriff ist gemacht und die Reisenden und Eisenbahnbedienten müssen eben sich mit dem unschönen Anblick und der rauch- und dampfgeschwängerten Luft unter diesen Hallen zufrieden geben. Aber darüber wird sich die Eisenbahnverwaltung auch klar sein, daß der Zustand mit den Unterführungen wohl mit etwas Widerstand noch einige Zeit hinausgezögert werden kann, aber auf die Dauer einer Aenderung bedarf, die durch nichts aufgehalten werden kann.

Und darin liegt eben wieder das Ausräufliche bei unserer Generaldirektion, daß sie nicht den Mut hat, einem offensbaren Mangel abzuhelfen, sondern sich erst dazu treten lassen muß.

**Ruppenheim, 25. Juni.** Herr Hauptlehrer Braun, der schon lange Zeit mit einem unheilbaren Leiden behaftet war und vergebens in einer Anstalt Binderung suchte, hat gestern durch Ertränken seinem Leben ein Ende bereitet. Die Leiche wurde abends gegen 7 Uhr im Kanale gefunden.

**Schwetzingen, 25. Juni.** In der Nähe von Rheinau erregte sich heute früh ein Fliegerunfall. Zwei Militärflieger, Unteroffiziere der Damstadt Fliegerstation, waren kurz vor 5 Uhr in Darmstadt zu einem Flug nach Straßburg-Konstanz mit einem Zweidecker aufgestiegen. Untenwegs erlitt der Motor einen Schaden, jedoch die Flieger sich entschließen mußten, zu landen. Der Flugapparat überschlug sich bei der Landung und wurde ganz erheblich beschädigt. Den Fliegern war es gelungen, rechtzeitig abzuschpringen, jedoch sie ohne ernstlichen Schaden davonkamen.

**Konstanz, 25. Juni.** Vom Tode des Ertrinkens rettete der Inhaber der Rheinfähre, Christian Schöff, ein vierjähriges Mädchen, das beim Spielen in der Nähe des Kasinos in den Rhein gefallen war. Das Kind hatte bereits das Bewußtsein verloren; die von Herrn Schöff jedoch sofort angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren glücklicherweise noch von Erfolg begleitet, obwohl das Kind nur noch schwache Lebenszeichen gab.

**Leopoldsdörfer, 25. Juni.** Die feinerzeit hier ausgeführten Waren Diebstähle aus Güterwagen werden demnächst die Straßammer Freiburg beschäftigen. Im ganzen sind 21 Personen wegen Diebstahls beziehungsweise Hehlerei angeklagt. Die Verhandlungen werden längere Zeit in Anspruch nehmen.

**Sommerau (Schwarzwald), 25. Juni.** Zwischen hier und Ruppach wurde der Wagen eines Holzfuhrwerks von einem Schlag erfaßt und zertrümmert. Der Knecht und die Pferde blieben unbeschädigt.

**Furtwangen, 25. Juni.** Der 23. Juni war für die Stadt Furtwangen ein denkwürdiger Tag, waren doch 56 Jahre verfloßen seit dem großen Brand, dem 31 Wohnhäuser und zahlreiche Nebengebäude zum Opfer fielen.

**Mehlfisch, 25. Juni.** Am Sonntag abend lief ein 16-jähriger Bürschke namens Müller dem gleichaltrigen Sohn des Seilermeisters Schmid nach und zielte dabei im Spaß mit einem Revolver. Der Schuß ging los und traf den jungen Schmid in die Lunge; er liegt schwer verletzt darnieder; die Kugel konnte noch nicht entfernt werden.

**Höhenschwand, 25. Juni.** Durch Feuer wurde das Anwesen der Witwe Verthold zerstört. Das Pfarrhaus hing an zwei Stellen Feuer, konnte aber gerettet werden. Ein 12-jähriger Girtelbube soll den Brand verursacht haben.

**Vom Bobenfer, 25. Juni.** Der Polizei in Friedrichshafen gelang es, eine gewiegte Sacharinsmugglerin in der Person einer 37 Jahre alten Fabrikarbeiters-Gefährtin zu verhaften. Sie kam mit dem Schiff 1 Uhr 23 Minuten von Rorschach hier an und trug einen Schmugglerunterrock mit etwa 10 Kilo Süßholz.

**St. Georgen, 25. Juni.** Bei Erweiterungsbauten an einem Warenlagergebäude stürzte eine Dachsteinmauer ein und begrub den Maurer Schütterer. Schwer verletzt wurde Schütterer in die Klinik nach Freiburg gebracht.

**Lobnau, 25. Juni.** Ein früher in hoher Blüte stehendes Handwerk wird bald von der Bildfläche verschwinden sein. Das fröhliche Hämmern der Nagelschmiede in Lobnau, das man in den Morgenstunden hören konnte, ist verstummt. Seit einigen Tagen ging die Nagelschmiede, in der laut „Freib. Ztg.“ mehr als vier Jahrzehnte Herr Friedrich Echin von früh bis spät hämmerte, in den Besitz des Herrn Zimmermeisters Kunzelmann über. Nunmehr ist es nur noch ein Meister, der noch Nagel schmiedet. Die Maschinen haben eben auch hier die menschliche Arbeit aus dem Felde geschlagen.

### Protest gegen das Oberbürgermeisterprojekt.

#### Gemeinschaftswirtschaftlicher Betrieb oder Ausbau des Eigenbetriebs der Stadt?

So lautet die Frage, zu deren Erörterung ein aus Männern aller Parteirichtungen zusammengesetztes Komitee die Karlsruhe'ner Einwohnerschaft auf gestern abend eingeladen hatte. Lange vor der für den Beginn der Versammlung festgesetzten Zeit war der geräumige Saal des Colosseums gefüllt. Kein Wunder auch, daß doch die für die künftige Entwicklung der Stadt Karlsruhe hochbedeutende Frage die Einwohnerschaft Karlsruhes schon seit Monaten in Spannung gehalten, in verschiedenen Versammlungen wurde das Für und Wider erörtert, in der Presse war der Frage eine eingehende Behandlung gewidmet. In dieser Woche noch soll die Entscheidung fallen, da durfte man mit Zug und Recht erwarten, daß der letzte Appell an die Karlsruhe'ner Einwohnerschaft ein lebhaftes Echo finden werde — und er hat es gefunden, wie wir mit Bemühtung konstatieren können.

Herr Apotheker Schöch eröffnete präzis halb 9 Uhr die Versammlung mit einer Begrüßung der Versammelten und dem Hinweis auf die Bedeutung der Versammlung. Als erster Redner erhielt das Wort

Herr Geh. Rat Baumeister, von der Versammlung lebhaft begrüßt. Er leitete seinen Vortrag ein mit einem Rückblick auf

die Entwicklung der Städte und ihrer Einrichtungen, wie Gaswerk, Wasserleitungen, Elektrizitätswerk usw. Früher liebten die Städte es sich gerne gefallen, wenn solche Werke von privater Seite eingerichtet und betrieben wurden. Man war damals der Meinung, daß es am besten ist, wenn Staat und Gemeinden möglichst wenig in beratige Unternehmungen hineintreten. Bald aber sah man ein, daß dadurch für die Bevölkerung der Städte eine starke Belastung hervorgerufen wurde, die bald eine Aenderung der Anschauungen herbeiführte. Die Manchesterlehre wurde abgelöst durch den Kathedersozialismus und man suchte man sich der Werke zu bemächtigen, neue Werke wurden von vornherein von den Gemeinden angelegt. Diese Entwicklung hat auch Karlsruhe durchgemacht. Auch hier zuerst ein Gaswerk in Privat Händen, eine Straßenbahn in Privat Händen, die vor zehn Jahren in städtischen Besitz überführt wurde. Wasserwerk und Elektrizitätswerk wurden von vornherein von der Stadt eingerichtet. Im großen Ganzen konnte man mit der Entwicklung unserer städtischen Werke zufrieden sein, nur die Straßenbahn macht davon eine Ausnahme.

Durch die Vorlage des Oberbürgermeisters sind wir nun vor die Frage gestellt, ob nicht der sogen. gemeinschaftswirtschaftliche Betrieb den Vorrang verdiene vor dem kommunalen Betrieb. Es sei denkbar, daß der gemeinschaftswirtschaftliche Betrieb mancherlei Vorteile biete, insbesondere wo die Durchführung eines einheitlichen Reges ermöglicht sei. Diese Betriebsart könne aber auch Schwierigkeiten mit sich bringen, durch welche die Vorteile aufgewogen werden.

Ein anderer Punkt ist der Rückauf, der für die Strecken der süddeutschen Eisenbahngesellschaften für das Jahr 1913 möglich ist. Der Staat könnte zu dieser Zeit diese Strecken kaufen und sie an die Stadt abgeben.

Ein Vorteil der Aktiengesellschaft läge eben darin, daß das Risiko der Sacht etwas vermindert würde, aber dieser Vorteil würde zum großen Teil aufgewogen durch die von der Stadt zu übernehmende Garantie.

Der schlimmste Nachteil aber läge darin, daß der Einfluß der Stadt auf die Ausgestaltung der Verkehrsmittel erheblich reduziert würde. Es würde für die Stadtverwaltung außerordentlich schwierig sein, ihren Wünschen in der Gesellschaft gegenüber ihren Kompagnons zur Geltung zu verhelfen.

Die in der Vorlage vorgesehene Ueberlandzentrale setze die Schaffung neuer Leitungen und die Erschließung neuer Absatzgebiete voraus. Es fehlen die rechnerischen Unterlagen, manches sei hierin dunkel, durch die Vorlage keineswegs geklärt. Die Hinweise auf die Verhältnisse anderer Städte mit gemeinschaftswirtschaftlichem Betriebe seien schon deshalb mit Vorsicht aufzunehmen, weil man sich nicht auf Erfahrungen aus längerer Zeit stützen könne.

Das Urteil unserer städtischen Lenker ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Außer den städtischen technischen Beamten sollten aber auch außenstehende Sachverständige zugezogen werden. Er spreche den Wunsch aus, daß die Erörterungen über diese Frage zum Wohle der Stadt gereichen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Als nächster Redner erhielt Herr Bürgermeister Dr. Dietrich aus Rehl,

ebenfalls lebhaft begrüßt, das Wort. Er erinnerte daran, daß man mit der Annahme der Budgetvorlage einen eminenten Schritt auf dem Wege gegen die Monopolisierung der Elektrizität in Privat Händen gemacht habe. Die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters in Karlsruhe stehe zu diesem Streben in Gegensatz.

Es handle sich bei der Vorlage zunächst um ein einheitliches Straßen- und Vorortbahnenetz und um die Versorgung eines großen Gebietes mit Elektrizität mit Hilfe einer Ueberlandzentrale, um zu verhüten, daß die Stadt Karlsruhe von privaten Unternehmungen umklammert werde.

Die notwendig gewordenen Ausbauarbeiten für die Straßenbahn sind eine Folge der Bahnhofverlegung. Die Erweiterung des Vorortbahnnetzes schließt den Ausbau der Spöck-Durmersheimer Bahn, einer Strecke nach Ruppheim und schließlich die Erweiterung der Albtalbahn ein. Das Gebiet für die Ueberlandzentrale umfasse ein Gebiet mit rund 250 000 Einwohnern. Das Aktienkapital der Gesellschaft, welche nach der Vorlage gegründet werden soll, würde 7 Millionen betragen, weiter sollen aber Obligationen in Höhe von 14 Millionen aufgebracht werden. Die Obligationen würden vielleicht mit 4% Prozent zu verzinsen und daneben auch eine Abschreibung zu machen sein. Damit würde schon eine kleine Verzinsung des Aktienkapitals ermöglicht werden können. Es sei durchaus zugegeben, daß das vorliegende Projekt entschieden großzügig sei, das bestritten auch die Gegner der Vorlage nicht. Ob aber auch der beabsichtigte Zweck auf dem vorgeschlagenen Wege erreicht werde, diese Frage glaube er verneinen zu können. Die Frage, ob gemeinschaftswirtschaftlicher Betrieb oder Kommunalbetrieb vorzuziehen sei, könne nur von Fall zu Fall entschieden werden. Zugunsten des gemeinschaftswirtschaftlichen Betriebs werde geltend gemacht, daß der Kommunalbetrieb zu umständlich und zu schwerfällig sei. Dieser Einwand habe eine gewisse Berechtigung.

Bei der Versorgung des Landes mit Strom sei zu beachten, daß es sich hierbei um eine sehr schwierige Sache handle. Bei einem solchen Ueberlandwerk muß mit vielen Gemeinden und vielen Unternehmern verhandelt werden. Hier komme eben ein kaufmännischer Direktor rascher vorwärts als ein städtischer Beamter.

Die Verhältnisse in Straßburg und Mannheim seien mit den Karlsruhe'ner Verhältnissen nicht zu vergleichen. Mannheim habe nie daran gedacht, obwohl es sich in einer gewissen Zwangslage befand, sein Elektrizitätswerk herzugeben, Mannheim habe es heute noch. In Straßburg hat der Bürgermeister es verstanden, durch ein kluges Vorgehen die Mehrheit der Aktien der Gesellschaft an sich zu bringen. Allerdings sei in Straßburg die Erweiterung der Straßenbahn versäumt worden.

Ob der vorliegende Vertrag für Karlsruhe ein Geschäft sein wird, das sei fraglich. Die Erweiterung der Spöck-Durmersheimer Bahn wäre an sich zweifellos ein Vorteil. Die Strecke Karlsruhe-Ruppheim sei an die Voraussetzung geknüpft, daß der Staat einen erheblichen Zuschuß leiste, die anderen Vorortstrecken an Zugeständnisse seitens der verschiedenen Gemeinden. Damit seien diese Projekte aber nicht in die Nähe, sondern in die Ferne gerückt. Die Rentabilität solcher Linien sei sehr fraglich und deshalb sei auch fraglich, ob die Gesellschaft sich gerade auf den Bau und Ausbau solcher Linien werfen werde. Eine Einbeziehung der Albtalbahn sei höchst fraglich. Bei diesem Vorortbahnnetz werde kein Geschäft zu machen sein.

**Parteienoffen!** Die nahe bevorstehenden Landtagswahlen erfordern geschulte, zielbewußte Kämpfer. Durch die Lektüre des „Volksfreund“ werden solche der Sozialdemokratie am ehesten zugeführt. Deshalb, Parteienoffen, versäumt gerade jetzt, vor dem Quartalsbeginn, keine Gelegenheit, neue Abonnenten für den „Volksfreund“ zu gewinnen. Benützt dazu das am Samstag von uns ausgegebene Flugblättchen mit Bestellzettel. Wenn sich jeder bemüht, auch nur einen Abonnenten zu bringen, ist im ganzen der Erfolg ein gewaltiger.



und die Bede müßte die stark frequentierte städtische Straßenbahn bezahlen.

Etwas anders läge die Sache bei dem Ueberlandwerk. Viel besser aber als das Ueberlandgeschäft sei jedenfalls das Stadtgeschäft. In Straßburg umspannt das städtische Netz 178 000, das Landwerk 184 000 Seelen. Der Verbrauch betrage im Stadtwerk 19 Millionen Kilowatt, beim Landwerk aber nur 1,7 Millionen Kilowatt.

Im Karlsruhe' Fall wird das Ueberlandwerk erstreckt auf das Gebiet, das der Staat durch das Murgwerk versorgen will.

Für das Werk innerhalb der Stadt und für die Straßenbahnen soll die Stadt von der Gesellschaft den finanzmäßigen Reingewinn vom Jahre 1912 mit jährlich 354 000 M. erhalten, ferner Prozente für den Wert von Grund und Boden und die Tilgungs- und Verzinsungsquoten, alles zusammen 916 000 Mark jährlich. Bisher hat die Stadt ungefähr das Gleiche bekommen, nämlich rund 760 000 M., wobei aber die Erträge der Werke in der Vorlage sehr vorsichtig eingestellt sind, niedriger als sie in Wirklichkeit sind. Die Behauptung, daß bei der Annahme der Vorlage schon im Jahre 1912 die Erhöhung der Umlage hätte umgangen werden können, kann nach den Darlegungen des Redners nicht ernst genommen werden.

Die Vorlage rechnet damit, daß eine Durchführung der Projekte durch die Stadt die Umlage ins Ungemessene steigern würde. Diese Berechnung ist aber falsch, wie der Redner zahlreich nachweist.

Die Entwicklungsfähigkeit der betreffenden Werke sei, wie das Beispiel von Straßburg zeige, vorhanden. Straßburg z. B. bekomme 1929 aus dem Elektrizitätswerk mindestens 1 Million Mark ohne die Dividende für die Aktien. Aus einer solchen Entwicklung könne man auch Schlüsse für die künftige Gestaltung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung in Karlsruhe ziehen. Karlsruhe hat jetzt das Elektrizitätswerk in der Hand. Jetzt soll die Stadt Karlsruhe einen Vertrag machen, in dem sie den heutigen Gewinn auf 40 Jahre festlegt. Sie gibt einen Betrieb aus der Hand, der steigende Erträge abwirft. Das würde für die Umlagegelder keine Erleichterung bringen.

Wenn man an der Leistungsfähigkeit des bestehenden Werkes zweifle, so könne man sich auf andere Weise helfen, als es durch die Vorlage geschehe, so durch den Anschluß an das Murgwerk, eventuell durch Beiziehung einer Gesellschaft.

Die Schuldgesellschaft erreicht für sich durch die in der Vorlage vorgesehene geringe Kapitalanlage den Einfluß auf die Ausführung der notwendigen Anlagen und sichert sich damit hohen Gewinn.

Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft bringt überhaupt kein Kapital, sondern nur ihre Bahnlinie in die Gesellschaft, sie würde bei der Vergeßenschaftung zweifellos ein gutes Geschäft machen.

Die Bezeichnung des Aufsichtsrats berge keine Sicherheit für das Ueberwiegen des städtischen Einflusses. Die Vertreter der beteiligten Gesellschaften würden einen maßgebenden Einfluß ausüben, das Schwergewicht liege aber jedenfalls in der Direktion. Der vorgesehene dritte Direktor werde wohl der Generaldirektor werden. Man werde bei der Gesellschaftsbildung damit rechnen müssen, daß der private Einfluß stärker sei als der städtische. Etwas rechnet für den Fall einer Sprengung des Syndikats damit, daß er Einfluß auf die Gesellschaft habe.

Das Verhalten des Staates in Bezug auf sein Rückkaufsrecht sei unverständlich. Es handelt sich doch hier um öffentliche Interessen. Im nächsten Landtag werde man sich mit der Regierung in ernster Weise darüber unterhalten müssen. Wenn der Staat die Stadt zwingen würde zu einer Verbindung mit den Privatgesellschaften, so könnte man nicht verstehen, weshalb der Staat das Murgwerk baue. Damit würde er sich selbst den Weg für das Murgwerk veramen. Dann würden die Gesellschaften den Staat in der Hand haben. Deshalb könne man nicht glauben, daß der Staat die Sache aus der Hand gebe, es sei vielmehr seine Pflicht, mit der Stadt Karlsruhe Hand in Hand zu gehen.

Die Konkurrenz der Spöck-Dürmersheimer Bahn beim Nichtzustandekommen der Gesellschaft sei nicht zu fürchten. Mit dieser Bahn wird niemand zum Bahnhof fahren.

Ob die Stadt von einer privaten Ueberlandzentrale eingeleitet wird, hängt vom Staate ab, die ins Feld geführte Erhöhung der Umlage werde nicht eintreten.

Das vorgelagte Projekt sei an sich schön und großzügig, wenn man aber die Vor- und Nachteile betrachte, überwiegen entschieden die Nachteile. Die Stadt bringe alles ein, sie übernehme die Garantie für die Obligationen, die andern bringen die zu 2% Prozent rentierende Spöck-Dürmersheimer Bahn, die Schuldgesellschaft bringt 367 000 M. Die Stadt gibt den Einfluß auf ihr Projekt preis, die andern erwerben 47 Proz. Einfluß auf die bisherigen städtischen Betriebe. Deshalb hoffe er, daß der Bürgerausschuß das Projekt verwerfe.

Jetzt, so schloß Redner seine Ausführungen, hat Herr Stinnes die Erfahrung, die Stadt Karlsruhe aber das Geld, wenn aber alles fertig wäre, nach der Vorlage, dann wäre es umgekehrt, dann hätte Herr Stinnes das Geld und wir die Erfahrung! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

In der Diskussion erhielt zunächst, nachdem Befürworter der Vorlage sich nicht zu Wort meldeten, Herr Rechtsanwalt Dr. Günner das Wort, welcher der Versammlung folgende Resolution zur Kenntnis brachte:

Die aus allen Kreisen der Einwohnerschaft Karlsruhes längend befochtene Versammlung spricht sich auf Grund der ihr erstatteten Berichte nachdrücklich gegen die Verkehrsvorlage aus. Jedenfalls in ihrer heutigen Gestalt ist diese nicht nur ungeeignet, die wünschenswerte Vereinheitlichung zu bringen und ist deshalb verkehrspolitisch eine Halbheit, sie erscheint uns auch stadtwirtschaftlich und stadtpolitisch als verfehlt, finanztechnisch als ein Krugschluß. Sie entbehrt endlich und vor allem einer genügenden, der Öffentlichkeit zur Prüfung unentbehrlichen technischen und wirtschaftlichen Begründung und Begutachtung durch unparteiische Sachverständige. Die Versammlung richtet deshalb in letzter Stunde die dringende Bitte an die Bürgerausschußmitglieder aller Parteien, die Vorlage abzulehnen.

Die Resolution wird lebhaft begrüßt; die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Resolution.

Der Versammlungsleiter ersuchte um Leistung eines Beitrages zu den Versammlungskosten, er dankte der Versammlung für die gespannte Aufmerksamkeit und den Referenten für ihre sachlichen Darlegungen. Er hofft und wünscht, daß diese Verhandlungen auch ihre Früchte zeitigen mögen und erklärt damit die Versammlung für geschlossen.

Nun hat die Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe ihr Wort abgegeben, jetzt haben die Vertreter der Bürgerschaft zu entscheiden. Morgen oder übermorgen werden die Würfel fallen. Die Sozialdemokratie ist in dieser Frage die einzige Partei, die einig und geschlossen dasteht.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 26. Juni.

#### Jugendauschau.

Im Nebenzimmer der „Wacht am Rhein“, Ede Ritter- und Gartenstraße, findet heute abend 8 Uhr eine Zusammenkunft der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

Am kommenden Sonntag den 29. Juni beteiligt sich die Jugend am Kinderausflug des „Naturfreunde“ ins Elstal. Die

Abfahrt erfolgt um 7 Uhr am Hauptbahnhof nach Bruchhausen, von da ab Wanderung durch das Weierbachtal, Schützenbach, Schöllbrunn, Schöllbrunner Mühle, Fischweier, wo die Veranstaltung stattfindet. Gehzeit 2 Stunden; Fahrpreis 20 Pf.

**Bürgerausschuß-Fraktionsitzung.** Morgen (Freitag), halb 3 Uhr, findet im „Goldenen Adler“ Fraktionsitzung mit einer Vorbesprechung zur Bürgerausschußsitzung statt. Die Fraktionsmitglieder haben pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

**Größt. Hoftheater.** Herr Josef Marz kann am 1. Juli auf eine 25jährige Tätigkeit am Hoftheater zurückblicken, an dem er am 31. Mai 1888 seine erfolgreichen Probeauftritte mit der Titelrolle von Schillers „Wilhelm Tell“ begonnen hatte. In der gleichen Rolle wird er am Samstag den 28. zur Feier seines Jubiläums auftreten. Herr Marz hat aus diesem Anlasse Herrn Marks Rolle, den Stausfacher übernommen. Die Aufführung findet bei ermäßigten Preisen statt. In der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters werden für diese Vorstellung von Donnerstag den 26. an keine Vorverkaufsgebühren erhoben.

**Der Nürnberger Lehrergesangverein,** welcher am 28. Juni, abends halb 9 Uhr, im Museumsaal bei uns ein Konzert gibt, muß man nach den vorliegenden Kritiken zu den hervorragenden Vereinigungen rechnen. Gelegentlich einer Aufführung von Beethoven's 9. Symphonie schreibt der „Frankfurter Courrier“: „Von überwältigender Wirkung war der Schlußchor, der Lehrergesangverein sang ganz prächtig. Man wird weit gehen müssen, um diesen schwierigen Satz in solcher Vollendung wieder zu hören.“ Bei einem am 11. Mai stattgefundenen Konzert schreibt der „Bayerische Staatsanzeiger“ u. a.: „Den Schluß bildete Brudner's Le Deum unter Mitwirkung des Nürnberger Lehrergesangvereins. Diese Chorvereinigung wird man nach dieser prächtigen Leistung wohl zu den besten Chören Bayerns rechnen müssen und sie könnten mit unserem Münchener Lehrergesangverein, den sie an Tonfülle vielleicht noch übertrifft, erfolgreich konkurrieren. Wo mit solcher Gewissenhaftigkeit und Liebe gesungen wird, wie hier, da ist solch schönes Resultat eigentlich gar nicht überraschend.“

**Der verlassene Monat Mai** war nach den Feststellungen des badischen Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie wie seine Vorgänger im allgemeinen zu warm, doch hielt sich der Wärmeüberschuß in mäßigen Grenzen. Die Schwankungen von Tag zu Tag waren ziemlich beträchtlich. In der Rheinebene wurden Maxima bis zu 30 Grad Celsius erreicht und selbst im oberen Donaultal konnten mehrere Sommerstage verzeichnet werden; andererseits kamen bis in tiefere Lagen hinab Nachfröste vor. Die Niederschlagsmengen waren namentlich infolge von Gewitterregen meist zu groß. Dementsprechend war die große Häufigkeit von Gewittern, vor allem im letzten Monatsviertel. Vielfach fiel in Verbindung mit ihnen Hagel, der stellenweise beträchtlichen Schaden anrichtete. Die Wasserstandsbeobachtung belief im allgemeinen ziemlich ruhig und die Wasserführung war vergleichsweise zu gering.

**Die Angehörigen der auf dem Meere verunglückten beiden Karlsruher Studenten** erlassen jetzt in den hiesigen Tageszeitungen Todesanzeigen, in denen mitgeteilt wird, daß die beiden jungen Leute am 11. Juni bei einer Segelfahrt in der Ostsee einem Sturm zum Opfer gefallen sind. Es handelt sich um den cand. med. **Bernhard Kalkhof**, Sohn der Frau Geh. Raurat Kalkhof Wwe., und den 20 Jahre alten cand. med. **Alfred Treffer**, Sohn des Landgerichtspräsidenten Dr. Treffer. Die Bergung der Leichen war entgegen den bisherigen Nachrichten noch nicht möglich.

### Vergnügungen und Unterhaltungen.

**Sommer-Theater.** Heute findet die erste Wiederholung der Schlaraffen Operette „Eva“, das Fabrikmädel, statt, welche bei ihrer Erstaufführung am Mittwoch großen Erfolg zu verzeichnen hatte.

**Residenz-Theater.** Im Vordergrund des neuen Programms steht das zweiaktige Schauspiel „Klein-Gilbas Puppenheim“, der Roman eines Kindes und einer Puppe und ein weiteres Drama „Wahre Liebe“, das reich an spannenden Momenten ist. Außer den sonstigen unterhaltenden Novitäten dürfte die hübsche Naturaufnahme „Ein Ausflug nach den Höhlen von Bäume“ besonders interessieren. Wir sehen schaurige Höhlen und Grotten, die durch ihre eigenartige Fauna und die wilden Wasserfälle Bewunderung erregen.

### Neues vom Tage.

#### Unfallfall.

**Gamm i. Westf., 25. Juni.** Bei Brückenpreparationsarbeiten im Kanalbau-Gebiet gerieten 6 Arbeiter unter einen abstürzenden Betonblock. Zwei wurden lebensgefährlich, vier schwer verletzt.

#### Vertrags-Projekt.

**Brenzlau, 25. Juni.** Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Privatier **Rodolphi** unter der Anklage des versuchten Betrugs zu verantworten. Rodolphi hatte seinerzeit einen mit 70 000 M. defizienten Wertbrief an die Deutsche Hypothekbank in Berlin beim hiesigen Postamt eingeliefert. Der Brief enthielt bei der Ankunft nur Papierstücken, die der Angeklagte selbst hineingeklebt hatte. Rodolphi wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 5 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

#### Der Unfall beim Salutschießen.

**Paris, 24. Juni.** Das Unglück beim gezeigten Salutschießen zu Ehren des nach England reisenden Präsidenten Poincaré in Cherbourg ist, wie sich heute erweist, viel schwerer, als erst gemeldet wurde. Beim 15. Schuß erfolgte das Unglück und zwar nicht infolge Versagens eines Schusses, wie zuerst behauptet wurde, sondern nach dem Geständnis des kommandierenden Offiziers durch eine unversehrliche Nachlässigkeit. Bei einem der Schüsse lag nämlich eine Anzahl von Pulver-Kartuschen, die für die Salutschüsse noch verwendet werden sollten. Nach der Abgabe des 14. Schusses flogen einige Funken auf den Gassen-Kartuschen und im nächsten Moment erfolgte eine gewaltige Explosion, durch die sämtliche Fenster des Forts zertrümmert wurden. Als sich der Rauch verzogen hatte, bot sich den Anwesenden ein entsetzliches Anblick. In der Nähe des Geschüßes lagen zehn Mann tot oder schwer verletzt am Boden. Vier schweben in Lebensgefahr.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Wahlen in Holland.

**Amsterdam, 25. Juni.** Bei den Stichwahlen für die zweite Kammer wurden gewählt: 1 Katholik, 1 Antirevolutionär, 2 Christlich-Historische, 2 Liberale, 5 Demokraten, 17 Sozialisten. Die neue Kammer besteht aus 45 Mitgliedern der Rechten und zwar 25 Katholiken, 11 Antirevolutionären, 9 Christlich-Historischen und aus 55 Mitgliedern der Linken und zwar 30 Liberalen, 7 Demokraten und 18 Sozialisten.

**Amsterdam, 25. Juni.** Die Wahlen für die Provinzialauschüsse sind nun zum Abschluß gekommen. Sie sind darum wichtig, weil die Provinzialauschüsse die Mitglieder der ersten Kammer zu wählen haben. Auch hier ist ein starker Fortschritt der Linken, vor allem der Sozialisten zu erkennen, der aber noch nicht hinreicht, um die Mehrheitsverhältnisse zum Umschlagen zu bringen. In der Provinz Südholland, wo das Verhältnis 54 rechts gegen 28 links war, ist es jetzt 46 rechts gegen 36 links. Zum ersten Male ziehen drei Sozialisten in den Ausschüß dieser Provinz ein. Auch in Nordholland machten die Sozialisten Fortschritte; die rechtsstehenden Parteien verloren drei Sitze. Die erste Kammer wird also vorerst unter allen Umständen ihre liberale Mehrheit behalten.

#### Ein Todesfall in der französischen Kammer.

**Paris, 25. Juni.** In dem Augenblick, als der für heute als Redner zur Heeresvorlage vorgemerkte Deputierte **Hyndard** durch die Gänge zur Tribüne schreiten wollte, wurde er von einem Unwohlsein befallen, so daß er taumelte. In dem Vorzimmer der Kammer wurde ihm die erste Hilfe durch Ärzte aus den Reihen der Deputierten zuteil. Bei vollem Bewußtsein unterhielt er sich mit seinen Kollegen, wurde aber dann von Erbrechen befallen, worauf der Tod eintrat. Unter allgemeiner Bestürzung teilte der Kammerpräsident der Kammer den Todesfall mit. Ministerpräsident **Barthou** schloß sich der Trauer der Versammlung an. Die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer aufgehoben.

#### Eine italienische Schlappe in Tripolis.

**Paris, 25. Juni.** Einem Telegramm aus Benghazi zufolge soll die italienische Kolonne von Beduinen in einem Hinterhalt gelockt worden sein. Die Italiener wehrten sich verzweifelt und konnten erst, nachdem Verstärkungen eingetroffen waren, die Araber in die Flucht schlagen. Die italienischen Verluste sollen bedeutend gewesen sein.

#### Vom Kampfe gegen die dreijährige Dienstzeit.

**Paris, 25. Juni.** Der Heeresauschuß der Kammer eröffnete in fast sechsstündiger Sitzung die von **Faures** bestimmten Sitzungen. In einer amtlichen Mitteilung wird erklärt, der Auschuß habe festgestellt, daß die durch das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit erzielten Bestände 672 838 Mann betragen. Da die vom Generalstab angegebenen Gesamtziffern sich auf 674 292 Mann belaufen, sei der Unterschied durchaus nicht so bedeutend, wie **Faures** behauptet habe, denn er betrage nur 14 011 Mann. Der Heeresauschuß wird heute vormittag abermals eine Sitzung abhalten, um den Nachtragsbericht **Faures** über diesen Gegenstand entgegenzunehmen. In der Nachmittagsitzung der Kammer wird die Erörterung der Zifferfrage fortgesetzt werden.

#### Maxim Gorki außer Verfolgung.

**Petersburg, 25. Juni.** „**Russkije Wolna**“ bringt die Mitteilung, daß alle gerichtlichen Schritte gegen **Maxim Gorki** eingestellt worden sind. Er kann jetzt also unbefangt nach Rußland zurückkehren. Noch im vergangenen Jahre wurde bekanntlich der Haftbefehl gegen ihn erneuert.

#### Die Kämpfe der Spanier in Marokko.

**Madrid, 25. Juni.** Amtlich wird aus **Dar a Sa'da** gemeldet, daß von den spanischen Truppen in der Nähe von **Talga** zwei Gefechte geliefert worden sind. Auf Seiten der Spanier sind 2 Leutnants und 4 Soldaten gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Der Feind ließ 27 Tote und 2 Gefangene zurück. — Wie aus **Tetuan** amtlich gemeldet wird, zog der Feind zahlreiche Kontingente zusammen, um die spanischen Truppen anzugreifen. Diese ergriffen darauf die Offensive und warfen den Feind nach einem erbitterten Kampf unter erheblichen Verlusten zurück. Von den Spaniern wurden 3 Offiziere und 30 Soldaten getötet. 5 Offiziere, darunter 1 Oberst, und 48 Soldaten wurden verwundet.

#### Zur Hinrichtung der Mörder Mahmud Schewkas.

**Konstantinopel, 25. Juni.** Was niemand in der Stadt für möglich gehalten hat, ist geschehen. Der Schwiegerohn des Sultans, **Salih Damar Pascha** hat das Schicksal der übrigen Mörder **Mahmud Schewkas** geteilt. Eine große Menge hatte sich um den **Wagabund** versammelt, um die Hinrichtung **Salih's** mit anzusehen. Dieser hatte bis zum letzten Augenblick einen Gnadenakt des Sultans erwartet. Als man ihm jedoch die Unterschrift des Sultans, mit der dieser das Todesurteil bestätigt, zeigte, gab er jede Hoffnung auf. Er sandte noch einen Voten mit Abschiedsgrüßen an seine Gemahlin und trat dann mit großer Kaltblütigkeit den letzten Gang an.

#### Wasserstand des Rheins.

26. Juni.  
**Schusterinsel** 2.61 m, gefl. 22 cm, **Rehl** 3.20 m, gef. 5 cm  
**Mazau** 4.73 m, gef. 8 cm, **Mannheim** 4.06 m, gef. 7 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, **Partei, Rechte, Nachrichten** und **Feuilleton: Wilhelm Koll;** für den übrigen Teil: **Hermann Rabel;** für die Inserate: **Gustav Krüger;** alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

#### Vereinsanzeiger.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer Deutschlands, **Zahlstelle Karlsruhe.** Der Kollege zur Kenntnis, daß wir nächsten Sonntag den 29. d. M., morgens 7,07 Uhr ab Hauptbahnhof, 7,13 Uhr ab Mühlburgertor nach Speyer fahren. Retourfahrt über Schwetzingen.  
Die Ortsverwaltung.

#### Geschäftliches.

Das große Loos der **Bad. Note + Gelb-Lotterie** 10 000 M. wurde einige Tage nach Ziehung präsentiert und von Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer, Straßburg i. E.** bar ohne Abzug ausbezahlt. Schon am 12. Juni findet die Ziehung der **Wohlfahrts-Lotterie** zum Besten der ländlichen Wohlfahrt und Gesundheitspflege sicher statt. Lose à 50 Pf., 11 Lose 5 M. Gestern folgt am 23. Juni sicher die Ziehung der **Offenburger Jubiläum-Lotterie.** Lose à 1 M., 11 Lose 10 M. Die Lose dieser Lotterien erfreuen sich sehr guter Nachfrage und ist daher baldiger Kauf zu empfehlen, da Ausverkauf zu erwarten ist. Obiger Lotterien sind zu beziehen durch Lotterieunternehmen **J. Stürmer, Filiale Rehl a. Rh., Hauptstraße 47** und alle **Verkaufsstellen.**



### Volksschauspiel Dietlingen

Bei Pforzheim (Naturtheater).

### Lichtenstein.

Schauspiel in 8 Bildern nach Wilhelm Hauffs gleichnamiger Sage, für die Naturbühne Dietlingen besonders bearbeitet von Otto Eichrodt.

Etwa 600 Mitwirkende. Prachtige Szenerie. Historisch getreue Kostüme. Spielzeit vom Mai bis Okt. 1913. Alle Sonn- und Feiertage. — Anfang 2 1/2 Uhr. Ende 6 1/2 Uhr. — Zuschauerraum mit ca. 8000 Plätzen vollständig gedeckt.

#### Preise der Plätze:

Mt. 3.—, Mt. 2.— Mt. 1.50 Mt. 1.—, 80 Pfg. Stehplatz 50 Pfg.

Karten-Vorverkauf: (bis Samstag, abends 6 Uhr), bei Adolf Schröder, Karlsruhe, Schillerstr. 81 (Telef. 3421), ebenso bei Geschwister Moos, Kaiserstr. 96 (Tel. 904).

Zugverbindungen: Alle weiteren Auskünfte durch den Geschäftsjührer für Karlsruhe Adolf Schröder, Schillerstr. 81. Telefon 3421.

Zeitbücher 30 Pfg., Programme 10 Pfg. und Ansichtskarten in den Vorverkaufsstellen erhältlich. — Auf Wunsch stehen Führer nach Schluß des Spiels nach allen Richtungen zur Verfügung. Anmeldung an das Theaterbüro und Kasse.

Dietlingen: Theaterbüro, Fernsprecher 1152.

## Maler

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe.

## Pfannkuch & Co

### Zur Einmachzeit!

#### Zucker

am Hut  
Pfd. 21 1/2 Pfg.  
Bei 5 Pfd. 22 Pfg.

#### Crystall

bei 5 Pfd. 22 Pfg.  
Zentner 21.25  
Orig. 42.—  
Sad

#### Randiszucker

Pfund 36 Pfg.  
bei 3 Pfd. 34 Pfg.

#### Sämtl. Gewürze

in frischer Ware.

#### Salzöl.

Besonders empfohlen:

### Monopol-Einmachessig

Pasteurisiert. — Keimfrei.  
Nur verschlossen in Flaschen von 1 Liter und Korbfasschen von 5 Liter an.

Preis per Liter 30

Einmachanweisungen gratis.

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen

Freitag  
Samstag

## Rester-Verkauf 30% Rabatt.

Es sind grosse Bestände Rester in Damenkleiderstoffen, Herren- u. Knaben-Anzugstoffen, Seidenstoffen, Waschkleiderstoffen, Wollmousseline, Bettbezug- und Wäschestoffen, Gardinen, Linoleum etc. vorhanden.

## W. Boländer

Kaiserstrasse Nr. 121.

1802



## Weltwohl Hopfen-Aepfel-Bräu

Ein neues fast alkoholfreies Erfrischungsgetränk. Hergestellt aus nur besten Aepfeln u. Hopfen.

Brauerei C. Franz Rastatt

Niederlage bei:

- N. Müller**, General-Vertrieb für Mühlburg, Karlsruhe u. Umgebung, Rheinstraße 42. — Telefon 1233, 1105
- Baumann, J., Leisingstr. 78
  - Bedert, Otto, Pw., Waldstraße 89
  - Bernhard, Peter, Kolonialwaren, Waldhornstr. 58
  - Braun, Fr., Augartenstr. 88
  - Burger, Alex., Grenzstr. 8
  - Daub, Fr., Augartenstr. 87
  - Dolland, Josef, Schillerstr. 48
  - Durr, Judw., Morgenstr. 28
  - Eisele, Georg, Marienstr. 66
  - Gröber, Fr., Durlacherstr. 55
  - Hadermeier, Fr., Schützenstr. 89
  - Hausmann, G., Morgenstr. 8
  - Hegele, Josef, Kriegstr. 162
  - Sehmann, G., Ede Seminar- u. Bismarckstr. 46
  - Soeffler, Carl, Friedrichsplatz 11
  - Soferer, G., Schillerstr. 83
  - Sopf, Friedrich, Jähringerstr. 64
  - Sunder, Franz, Luisenstr. 16
  - Tsch. Franz, Pulleystr. 1
  - Kaufmann, H., Gottesauerstr. 55
  - Astner, Marie Pw., Scheffelstr. 47
  - Kocher, Wilh., Roonstr. 32
  - Koelling, Anna, Georg-Friedrichstr. 82
  - Kuhn, Gfr., Schützenstr. 40
  - Mahl, Carl, Goethestr. 50
  - Meyer, Rosalie, Uhlandsstr. 8
  - Meyer, Otto, Durlacherstr. 6
  - Mühlke, Jak., Douglasstr. 23
  - Neumeier, Franz, Körnerstr. 40
  - Noé, Anton, Amalienstr. 18
  - Ruber, Gottl., Benzstr. 13
  - Raidle, Martin, Wilhelmstr. 17
  - Raschauer, L., Werberstr. 81
  - Schub, Marie, Witwe, Rathstr. 8
  - Schaar, Anton, Ede Leising- und Söfenstr. 18
  - Scherer, G. Adolf, Göthestr. 1
  - Schenk, Otto, Augartenstr. 56
  - Schmitt, J., Kapellenstr. 32
  - Schimmel, Thekla, Kellenstr. 19
  - Schorr, Adam, Roonstr. 17
  - Schnurr, Emil, Klapprechtstr. 21
  - Seltzer, Lieb, Waldstr. 40c
  - Segewitz, J., Hirschstr. 35
  - Sidinger, G. L., Marienstr. 35
  - Sloak, Lina, Luisenstr. 78a
  - Penroy, van, Söfenstr. Ede Fetter, Gebrüder, Drogerie, Ede Ullrich, und Birtel Berner, Ludwig, Brauerstr. 11
  - Pieland, Mathus, Hirschstr. 10
  - Widener, F., Rudolfstr. 25
  - Zimmermann Peter, Lagerstr. 24
  - Zöller, W., Rathstr. 19.

### Milch-Zentrale

des landwirtschaftl. Genossenschaftsverbandes  
Lauterbergstr. 3 Karlsruhe Telephon 279

- offertiert billigte Lieferung von
- Ia Tafelbutter per Pfd. 1.40 M. bei 10 Pfd.-Abnahme bedeutende Ermäßigung.
- II. Qualität Butter 1.25 M. per Pfd.
- Magermilch 10 Pfg. per Liter,
- Sauermilch und Buttermilch 10 Pfg. per Liter,
- Weisse Käse und Trinkeier,
- Vollmilch, offen 24 Pfg., in Flaschen 26 Pfg.

### Milch-Zentrale

Lauterbergstr. 3 Karlsruhe Telephon 279.

### Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf

Freitag, den 27. Juni ds. Js., nachm. 3 Uhr, in den großen Rathhausaal ergebenst einzuladen.

#### Tagesordnung:

1. Bauische Veränderungen im Dienstwohnungsbau der Goetheschule (Vorlage Nr. 45).
2. Organisation des Verkehrswesens und der Elektrizitätsversorgung der Stadt Karlsruhe und ihrer Umgebung (Vorlage Nr. 36).

Karlsruhe, den 20. Juni 1913.

Der Oberbürgermeister: Siegrist. Sachr.

### Fahndung.

Am 23. ds. Mts. wurde vor der Wirtschaft zum „Tivoli“ in der Rippurrerstraße hier eine Frau von einem Rechtsabfuhrwagen überfahren. Diese Gelegenheit benutzte ein etwa 20 bis 22 Jahre alter, ca. 1,60 m großer, unterlegter Bursche mit dunkelblonden Haaren, vollem, blassem, hartlosem Gesicht, dunkelblauem Anzug und blauer Chauffeurmütze dazu, der überfahrenen Frau aus deren Handtasche, die er vom Boden aufhob, den Betrag von etwa 380 M., bestehend aus einem 100 M.-Schein, drei 50 M.-Scheinen, mehreren 10 M.-Scheinen und 40 M. in Gold zu stehlen.

Der Bursche hatte sich vor Begehung des Diebstahls an der Verbringung der schwer verletzten Frau in den Eingang der Wirtschaft zum „Tivoli“ beteiligt und hat sich dann wieder an die Unfallstelle begeben, die Tasche aufgehoben, aus ihr das Geld entwendet und sich eiligst entfernt.

Jch ersuche jeden, der Anhaltspunkte hat, die zur Ermittlung des Burschen führen können, sich auf der Kriminalpolizei zu melden.

Karlsruhe den 25. Juni 1913.

Der Grob. Staatsanwalt II.

### Volksschauspiel Detigheim b. Rastatt (in Bad.)

## Wilhelm Tell

von Friedrich von Schiller.

Aufführung: Jeden Sonntag vom 25. Mai bis 5. Oktober, ferner am 9. Juli, 15. und 27. August auf großartiger Naturbühne im Walde. Zuschauerraum mit 3500 Sitz- und 600 Stehplätzen gegen alle Witterungseinflüsse geschützt.

Anfang 1/3 Uhr Ende 1/7 Uhr  
Preise der Plätze: Stehplatz 50 Pfg., Sitzplatz 1 M., 2 M., 3 M. Beste Zugverbindung für Hin- und Rückfahrt: ab Karlsruhe 12<sup>20</sup>, 1<sup>04</sup>, 1<sup>21</sup>, 1<sup>38</sup>, 1<sup>54</sup> Uhr, für Rückfahrt: ab Detigheim 7<sup>00</sup>, 8<sup>00</sup>, 9<sup>15</sup>, 10<sup>15</sup> Uhr.

Vorverkauf: Detigheim: Theaterbureau, Tel. 61 Rastatt; Karlsruhe: Herber'sche Buchhandlung, Tel. 1286, Zeitungskiosk beim Hotel „Germania“, Tel. 600, Zeitungskiosk beim Mühlburger-Tor; Mannheim: Hede'sche Hofmusikalienhandlung, Tel. 1033; Bruchsal: Reilbach, Freireier beim Bahnhof; Pforzheim: O. Rieder's Buch- und Musikalienhandlung, Tel. 198; Durlach: Sprachlehrer Dreans, Bismarckstr. 15; Ettlingen: Schneider, Restaur. Nagel; Rastatt: Buchhandlung Eger; Gaggenau: E. Kraus, Buchbinderei und Papierhandlung; Baden-Baden: Kühn, „Zu den 3 Eichen“ (Baden-West). 1430

In den auswärtigen Vorverkaufsstellen wird ein kleiner Zuschlag erhoben.

### Divans!

Große Auswahl in neuen Plüsch-Divans von 35 und 40 M. an, hochf. mod. Dessins von 55 M. an. (Keine Fabrikware.) Gebe extra noch 1777

#### 10% Rabatt

bis 10. Juli. Polstermöbelhaus R. Köhler, Schützenstr. 25.

Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkstatt. 10 Fran Streckfuß Durlacherstr. 79.

### Mühlburg. Richard Horn

Friseur  
Rheinstraße 30 (Westendhalle).  
Sorgfältigste Bedienung.  
Billigste Preise. Damenfrisieren. Anfertigung aller Haararbeiten. 1196

Maschinenschriftliche  
Dreiviertelstimmungen  
aller Art schnell und zuverlässig  
81 Reifenstraße 3, 2. St.  
Fernsprecher Nr. 3423.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtslisten vom 24. Juni. Paul Wülfing von Darmen, Reg.-Baumeister hier, mit Elisabeth Leipheimer von Otfersburg. — August Hofmann von Diedesheim, Postbote hier, mit Helene Hirn von Detigheim. — Manfred von Walther-Crone von Polkwitz, Rittergutsbesitzer in Kapatsch, mit Elisabeth von Selchow von Ober-Glogau. — Friedrich Mayer von hier, Gärtner hier, mit Klara Brülle von hier. Geburten vom 19. bis 22. Juni. Hermann, B. Christian Eberhardt, Fabrikarbeiter. — Lilo Karl Philipp, B. Philipp Trunt, Registrator. — Erich Wilhelm, B. Wilhelm Schmidt, Maschinist. — Friedrich, B. Gustav Gärtner, Schreiner. — Luise Karoline, B. Philipp Götz, Schneider. — Anna Elise, B. Max Eberhardt, Ausläufer. — Albert Friedrich, B. Adolf Borell, Justizsekretär. — Hedwig, B. Wilhelm Rinker, Kaufmann. — Therese Auguste Luise, B. Dr. Edgar von Gierke, Professor. Todesfall vom 24. Juni. Walter, 4 J. alt, B. Gottlieb Wolf Glasmalter.



# Die Restbestände meiner Spar-Woche

und andere grosse vorteilhafte Waren-Posten

bringe ich

Donnerstag

Freitag

Samstag

zu ausserordentlich niederen Preisen

zum Verkauf. Es sind in grosser Auswahl vorhanden:

Damen-Putz  
Damen-Konfektion  
Blusen aller Art  
Mädchen-Konfektion  
Knaben-Konfektion

Schürzen  
Damen-Wäsche  
Trikotagen  
Herren-Artikel  
Mode-Waren

Handschuhe  
Strümpfe  
Taschentücher  
Regen-Schirme  
Aussteuer-Artikel

Wasch-Stoffe  
Kostüm-Stoffe  
Stickerei-Roben u. -Stoffe  
Gardinen  
Teppiche, Linoleum

Diese  
**3 Tage**  
bieten  
ganz besondere  
Vorteile!

Mode- und Aussteuer-Haus

## Hugo Landauer

Kaiserstrasse

Ecke Lammstrasse.

1804

Zur Fahrrad-Reparatur-Werkstätte

### J. Schleifer

Karlsruher Fahrrad-Haus  
5 Kaiserstr. 5, am Durlachertor

liefert 1801

sämtliche Reparaturen  
gut, billig und schnell  
auch vernickeln und emaillieren.

Fahrräder	Fahrradteile
Ideal . . . . . Mk. 52.—	Pedale . . . . . von Mk. 0.85 bis 5.—
Union mit Torpedo . . . . . Mk. 70.—	Ketten . . . . . von Mk. 0.95 bis 2.50
Presto Bravo mit Torpedo . . . . . Mk. 80.—	Fusspumpen . . . . . von Mk. 0.60 bis 2.50
Presto Orig. mit Torpedo . . . . . Mk. 90.—	Schläuche . . . . . von Mk. 1.80 bis 5.—
Panther Orig. mit Torpedo . . . . . Mk. 100.—	Mäntel . . . . . von Mk. 1.80 bis 8.50

Feuerzeuge mit Reibrädchen . . . . . 30 Pfg.

## Sonder-Preise

Donnerstag Freitag Samstag

### Kinder-Waschkleidung Korsetts

1796

## Hermann Tietz

**Sommer-Theater.**  
Direktion Fr. Grunwald.  
Donnerstag, den 26. Juni,  
abends 8 1/2 Uhr,  
Freitag, den 27. Juni,  
abends 8 1/2 Uhr,  
**„Eva“.**  
Operette in 3 Akten von Franz  
Lehar. 1805

**Zum Rüssen**  
schön ist ein gartes, weiches Gesicht,  
mit rosig, jugendfrisch Aussehen  
und schönem Teint. Dies erzeugt  
**Steckenpferd-Seife**  
(die beste Milienmilch-Seife)  
à St. 50 g. Die Wirkung erhöht  
Dada-Cream  
welcher rote u. rissige Haut weich u.  
sammetweich macht. Tube 50 g bei  
C. Roth, Hofdr., Gerrenstr. 26-28  
Otto Fischer, Karlsruferstr. 74  
Wilh. Baum, Berberstr. 27.  
Gm. Deunig, Kaiserstr. 11  
W. Fehring, Amalienstr. 19  
sowie in allen Apotheken 74  
in Mühlburg: Strauß-Drog.  
in Durmersheim: J. Glöckl.

**Wegen Umzug sehr billig abzugeben:** Eisernes Kinderbett m. Matratze, 2 eiserne Gartenstühle, St. 1.50, gute silb. Herrenremonteur-Uhr 6 Mk., besserer Chiffonnier, Vertikon, gt. Büscheldivan, Vließerregere, Kommode, zwei schöne Damenjocden, St. 12, ein blaues Tuch-Kostümkleid, Gr. 50, auf Seide 15 Mk. Rintheimerstr. 20, part. links.

**Wer Geld sparen will**  
der kaufe seine getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzug nur in dem An- u. Verkaufsgeschäft von Arnold Schab, Jähringerstrasse Nr. 38.

Kompl. Bett, pol. 25 Mk., Waschkommode mit Rarmor 80 Mk., Küchenschrank, Tisch u. Stuhl, auf 15 Mk., Chiffonnier u. Waschtisch billig zu verl. Ludw. Wilhelmstr. 18, Hof.

**Kinderliege- u. Sitzwagen**  
Korbgeflecht, sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. Durlachstr. 12, 3. St., rechts, Eingang Radstrasse.

**Zu verkauf. Schlofferherd.**  
1797 Morgenstr. 39, 1. Stod.

**Firmaschild** billig zu verkaufen. Jähringerstrasse 12, 1. Stod.

**Waschmaschine,** hölzerne, auch als Beerenpresse geeignet, für 6 Mk. zu verkaufen. 1799 Striegstr. 8, 2. St. r.

**Neue spanische Weinhalle**  
Restauration z. Alten Fritz  
Wilhelmstrasse 13.  
Empfehle meine naturreinen deutsche-, sowie spanische Weine, per Liter v. 70 Pfg. an, bei Abnahme von 10 Ltr. entsprechend billiger. f. Moringier Bier, hell und dunkel. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit, guten bürgerlichen Mittag- und Abendtisch in und ausser Abonnement.  
**Eigene Schlachtung.**  
Wozu höf. einladet  
Karl Ritter.  
NB. Den titl. Vereinen seien meine geräumigen Nebenzimmer empfohlen. 1157

**Verkaufe und Kaufe** fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisetoffer. 196  
**Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy**  
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

stätt  
Arbeitsamt  
Gesucht 1492

Herren- u. Damenkleider, Mädchen die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen.

**Städt. Arbeitsamt**  
(weibl. Arbeitsnachweis)  
Jähringerstr. 100. Tel. 949.

**Die billigste Quelle**  
zum Einkauf getragener u. neuer Kleider, Schuhe und Möbel nur bei F. Glöckl, Karlsruferstr. 3, 336 Markgrafenstr. 3, 336 zwischen Waldhorn- u. Brunnenstr.

**Trauringe** in allen Preislagen

Gravieren gratis. 51

**Fritz Steidle, Rastaff**  
Kaiserstrasse 32

**Wilh. Eckert,**  
Uhrmacher, Marienstr. 20,  
neb. dem Apollo-Theater  
empfiehlt sein Lager in  
**Taschen- u. Wanduhren.**  
Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. 12-27. Brillen u. Swider.  
verschiedene  
**Vogelkäfige,** sind zu verl.  
Durlachstr. 56, 3. St.

**Drucksachen** rasch und billig  
Druckerei Volkstreuend.

**Residenz-Theater**  
Waldstr. 30  
Vornehmstes u. elegantestes Unternehmen am Platze, eigens zu diesem Zwecke erbaut.  
Ununterbroch. Vorstellungen von nachmittags 3 bis abends 11 Uhr.

**Programm**  
nur für Donnerstag, den 26. und Freitag, d. 27. Juni 1913.

**Klein-Hildas Puppenheim**  
Der Roman eines Kindes und einer Puppe in 2 Kapiteln. In der Hauptrolle: die kleine Maria Fromet, die in „Menschen unter Menschen“ als Cosette beispiellosen Erfolg erzielte.

**Moritz in Gefahr. Komisch.**  
Ein Ausflug nach den Höhlen von Beaume. Naturaufnahme.

In diesen Bergen befinden sich interessante Höhlen und Grotten, die besonders durch ihre Fauna und den etwas wilden Reiz ihrer rauschenden Bäche und Wasserfälle Bewunderung erregen.

**Residenztheater-Zeitung**  
(Pathé-Journal).

**Wahre Liebe. Drama.**  
Lehmann hat Pech!  
Posse gespielt v. André Deed

**Der Esel als Kindermädchen. Komisch.**

**Die Truppe Ramon.**  
Akrobaten-Vorstellung. Zwei kühne und elegante Akrobaten, Herr und Frau Ramon führen waghalsige Kunststücke auf einer Leiter aus. 1800

**Das verlassene Kind.**  
Drama.